

Céline Angehrn

Orientierung in der Moderne. Reform, Religion und Expertise

Auch in Basel machte sich am Anfang des Jahrhunderts ein Unbehagen an der Moderne breit. Zu schnell war sie gekommen, zu rücksichtslos hatte sie Altes zerstört. Abhilfe versprach die «Reform», als dritter Weg zwischen Revolution und Resignation. In ihrem Zeichen wurden zahlreiche Vereine gegründet, die sozial- und kulturpolitisches Engagement mit weltanschaulicher Mission verbanden. Daneben blieben Glaubensgemeinschaften und die Religion wirkmächtig, auch wenn die Säkularisierung längst eingeläutet worden war – nicht zuletzt durch die Trennung von Kirche und Staat 1910/11. Der Status der Religion stand nun aber zur Debatte: Welche Rolle sollte sie im Zusammenleben, im staatlichen Bildungswesen oder auf dem Friedhof noch spielen? Gleichzeitig betraten Experten und Expertinnen aller Art die Bühne. Ihr steigendes Ansehen zeugte von einem privilegierten Status wissenschaftlich-technischen Wissens in der Gesellschaft, wie es in der Universitätsstadt Basel vor Ort geschaffen wurde. Doch schon bald wurden alle drei dieser Orientierungsgrößen herausgefordert: In Reformvereinen, in den Kirchen und an der Universität selbst stellte nach 1960 eine neue Generation etablierte Autoritäten infrage. Gesellschaftliche Umbrüche kündigten sich an.

Für eine andere Gegenwart: Reformbestrebungen und Schutzbemühungen

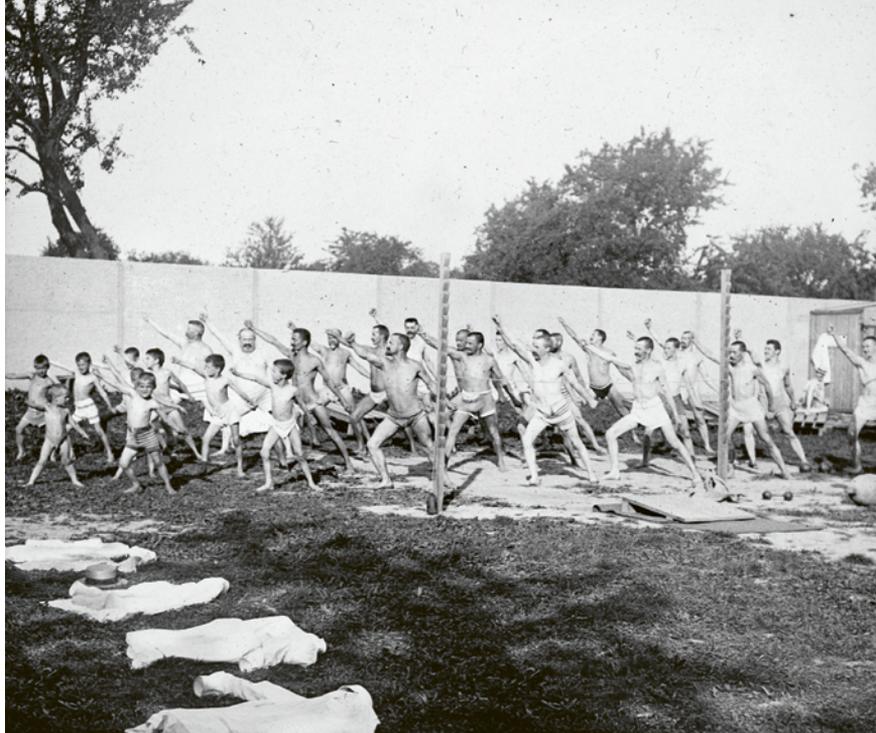
Im Empfinden vieler Zeitgenossen und Zeitgenossinnen drehte sich die Welt an der Wende zum 20. Jahrhundert besonders schnell. Die Verstädterung krepelte das Stadtbild um. Die Industrialisierung veränderte Alltag und Sozialgefüge. In ihrem Schlepptau kamen Fortschritt und Wohlstand, aber ebenso Zerstörung und Armut. Der geschärfte Blick für diese Umwälzungen liess die für das frühe 20. Jahrhundert typischen Reformbewegungen entstehen. In so vielfältigen Bereichen wie der Architektur und der Kunst, der Wirtschaft und der Ernährungslehre, der Medizin und der Pädagogik wurden Alternativen zum Bestehenden geprüft. Gemeinsam war den unterschiedlichen Reformansätzen ihr Bestreben, eine andere Gegenwart zu schaffen – nicht durch Umsturz, sondern durch Erneuerung. Auch in Basel machte sich der Reformeifer der Zeit bemerkbar. Die Antialkoholbewegung oder der frühe Naturschutz waren durch ihre grosse Anhängerschaft und bekannte Pioniere und Pionierinnen weitherum bekannt, um nur zwei Beispiele zu nennen.

Reformbewegungen des frühen 20. Jahrhunderts organisierten sich häufig in Vereinen. So schlossen sich an einer «naturgemässen» Lebensweise interessierte Frauen und Männer 1899 im Basler «Naturheilverein» zusammen (ab 1918 «Verein zur Hebung der Volksgesundheit Basel»¹). Neue Verbindungen kamen zustande, über herkömmliche politische und soziale Trennlinien hinweg: Die im Naturheilverein propagierten Ansichten etwa fanden Anklang in Kreisen von links bis ganz rechts. Einzelne Persönlichkeiten, vor allem Männer, traten als Aushängeschilder der Reformbewegungen in Erscheinung, so Paul Sarasin für den Naturschutz oder Rudolf Steiner und Ita Wegmann für die Anthroposophie und die anthroposophische Medizin. Ihre langfristige Wirkung hatten neue Ansätze allerdings dort, wo das Gedankengut durch den Einsatz vieler Eingang in die Alltagskultur fand oder in Institutionen gefestigt wurde. In einigen Fällen übernahmen staatliche Instanzen die Aufgaben, die sich die Reformvereine gegeben hatten. In anderen entstanden Nachfolgeorganisationen auf den Grundfesten der alten Reformideen.²

Sonnenbaden, auf Alkohol verzichten: Eine neue Lebensführung

1902 riefen Frauen aus namhaften Kreisen den «Bund abstinenter Frauen» mit einer Basler Ortsgruppe ins Leben.³ Mit ihrem Kampf gegen die «Alkoholsekunde» und damit assoziierte Missstände wie Verarmung und Gewalt waren sie in guter

118 Luft-, Licht- und Sonnenbad in Binningen. Foto: Ernst Emmel, undatiert. — Nicht nur auf dem Monte Verità wurde im frühen 20. Jahrhundert fast unbekleidet geturnt, sondern vielerorts, wo lebensreformbewegte Menschen zusammenkamen, zumal in den Städten – so auch im Sonnenbad des Basler Naturheilvereins auf Binninger Boden. Der Schatten des Baumes blieb ungenutzt, denn der Körper sollte Luft und Sonne ausgesetzt sein. Gymnastik kräftige, Licht heile, die Sonne desinfiziere, so lauteten die Devisen. Trainiert wurde generationenübergreifend, aber geschlechtergetrennt.



Gesellschaft. Denn als Bewegung der Massen umfasste die Antialkoholbewegung ein breites Spektrum verschiedener Gruppierungen, das vom evangelischen Blauen Kreuz über sozialistische Jugendgruppen bis zu abstinenten Turn- und Berufsvereinen reichte. Die Mobilisierung war in Basel – Hochburg des Pietismus und Wirkungsstätte des einflussreichen Alkoholgegners, Physiologen und Sozialhygienikers Gustav von Bunge – ausserordentlich hoch: In den 1910er-Jahren waren über 10 000 Personen in Abstinenzvereinen aktiv, darunter viele Jugendliche. Gesetzesvorlagen der Alkoholgegnerinnen und Alkoholgegner erzielten jeweils eine besonders hohe Zustimmung.⁴

Auch für viele Anhängerinnen und Anhänger der Naturheilkunde war der Alkoholverzicht selbstverständlich; allerdings galt er ihnen für ein gesundes Leben nur als ein Baustein unter vielen. Gemein war den abstinenten Frauen und dem Naturheilverein die Überzeugung, dass im Zuge der Industrialisierung schlechte Gewohnheiten und ungesunde Ernährungsweisen überhandgenommen hätten, die dem Einzelnen wie der Gesellschaft schadeten. Ob sie nun im Sonnenlicht turnten oder alkoholfreie Getränke unter die Leute brachten – in einer veränderten Lebensführung erkannten sie den entscheidenden Hebel, um den negativen Auswirkungen der Moderne entgegenzuwirken. Durch Selbstreform sollte die Gesellschaft als Ganze reformiert werden.



119 Kaffeemobil des «Bundes abstinenten Frauen». Foto: Foto Wolf, 1920er/30er-Jahre. — Kaffee, Milch, Tee und Suppe umfasste das mobile Verpflegungsangebot, später auch ganze Mahlzeiten. Die Basler Ortsgruppe des «Bundes abstinenten Frauen» fuhr mit ihrem Küchenauto zu Arbeitsstätten und Bauplätzen, um eine kostengünstige und ausdrücklich alkoholfreie Arbeitsplatzverpflegung anzubieten.

Die Ortsgruppe der abstinenten Frauen und der Basler Naturheilverein gehörten als Reformvereine internationalen Bewegungen an. So war der Naturheilverein Teil der in der ganzen Schweiz, in Deutschland und anderen Ländern aktiven Lebensreformbewegung, die für alternative Heilmethoden, eine gesundheitsbewusste Ernährung und eine aktive Körperkultur einstand. Während medizinische Produkte zunehmend industriell hergestellt wurden – gerade auch in Basel –, warben die Lebensreformer und -reformerinnen für Sonne, Luft und Licht, Gymnastik, Wasser- und Wärmeanwendungen, für Massagen und Naturpräparate. In Basel verkaufte etwa das Reformhaus von Alfred Vogel derartige Naturheilmittel, bevor sein Besitzer 1932 in die Ostschweiz zog und von dort seine Karriere als schweizweit bekannter Naturarzt und Unternehmer vorantrieb.⁵ Alternative Therapien trugen aus Sicht des Basler Naturheilvereins gar substantiell zur Reduktion von Seuchen wie Typhus und Pocken bei.⁶ Auch was die Ernährung betraf, verfolgte der Naturheilverein Grundsätze, die modernen Entwicklungen entgegenstanden: Just als die Lebensmittelindustrie begann, fertige Nahrungsmittel auf den Markt zu bringen, plädierte er für unverarbeitete Produkte und für Rohkost, häufig auch für den Verzicht auf Fleisch und Kaffee – oder eben Alkohol. Seine Ideale machte er durch Publikationen, Kurse und Referate bekannt. Das wichtigste Aushängeschild der Lebensreformbewegung in Basel aber war die 1903 vom Naturheilverein eröffnete Luft-, Licht- und Sonnenbadeanstalt auf dem Margarethenhügel in Binningen,

wenige Meter hinter der Stadtgrenze. Umgeben von einer Kleingartensiedlung entwickelte sie sich im Verlaufe des 20. Jahrhunderts zu einem von der Basler Bevölkerung gut besuchten Freibad.⁷

Die Antialkoholbewegung war um die Jahrhundertwende ebenfalls ein internationales Phänomen. In zahlreichen Ländern bestanden Abstinenzvereine, auch Temperenz- oder Mässigungsvereine genannt. Die abstinenten Frauen aus Basel waren im Bereich der alkoholfreien Verpflegungsangebote tätig. Im Ersten Weltkrieg betrieben sie Soldatenstuben, ab Mitte der 1920er- bis Ende der 1930er-Jahre fuhren sie mit einem eigens eingerichteten Küchenauto alkoholfreie Getränke und kostengünstige Speisen an Bauplätze und vor Fabriken und belieferten Privatpersonen und Wäscherinnen.⁸ Nach dem Zweiten Weltkrieg waren sie mit Verpflegungsständen an Grossanlässen wie der Basler Mustermesse präsent und organisierten alkoholfreie Tanz- und Unterhaltungsabende. Ende der 1950er-Jahre wurde eine schrittweise Übernahme suchtpreventiver Angebote durch den Staat eingeleitet: Eine kantonale «Kommission zur Bekämpfung des Alkoholismus» nahm ihre Arbeit auf.⁹ Die abstinenten Frauen gehörten somit jener breiten zivilgesellschaftlichen Bewegung an, die dem staatlichen Wirken in den Bereichen Suchtprevention und -behandlung vorausgegangen war und gleichzeitig mit ihrer rigiden Moral teilweise disziplinierend auf als gefährdet eingestufte Gruppen eingewirkt hatte.¹⁰

Bei Zeitgenossinnen und Zeitgenossen stiess das reformerische Gesundheitsbewusstsein nicht selten auf Spott oder gar auf Ablehnung. So gaben die «Abstinenzler» ein beliebtes Fasnachtssujet ab und hatten im Wirteverband zeitweise einen mächtigen Gegenspieler.¹¹ Die Angebote von alkoholkritischen wie lebensreformerischen Organisationen wurden nichtsdestotrotz rege genutzt. Die Eintritte ins Luft- und Sonnenbad nahmen kontinuierlich zu. Im Hitzesommer 1947 verzeichnete das Bad mit über 450 Eintritten pro Tag Rekordwerte. Dass seit den 1930er-Jahren nicht mehr nur in Luft und Licht, sondern auch in Wasser gebadet werden konnte, dürfte zur Attraktivität des Ortes beigetragen haben.¹² Im Fall der Abstinenzbewegung begründete die grosse Zahl alkoholfreier Gaststätten eine Art alternative Wirts- und Kaffeehauskultur. Die Alkoholgegner und -gegnerinnen verbuchten es zudem als Erfolg, dass alkoholfreie Getränke wie unvergorene Fruchtsäfte immer bekannter und beliebter wurden.

Über das Kaffeemobil, alkoholfreie Gaststätten oder das Luft- und Sonnenbad kamen die Baslerinnen und Basler mit programmatischen Reformzielen in Kontakt. Durch ihre Popularisierung verloren die reformerischen Leitideen allerdings an Exklusivität. Für die Bewohner und Bewohnerinnen des Gundeldinger-

quartiers sei das Bad über dem Margarethenpark eine «unentbehrliche Einrichtung» geworden, rühmte sich der Verein: Der Besucherandrang zeuge von der grossen «Zahl derjenigen, die mit unseren gesundheitlichen Reformbestrebungen sympathisiert», so seine Behauptung.¹³ Ob der Besuch im Bad tatsächlich als Gesundheitspraxis oder nicht vielmehr als Freizeitvergnügen im Stil der seit den 1930er-Jahren auch anderswo erbauten Freibäder wahrgenommen wurde, sei dahingestellt. Gleichermassen schwer zu bestimmen ist, in welchem Umfang welche Massnahmen zu veränderten Trinkgewohnheiten beitrugen. Auch eine verbesserte Ernährungslage, höhere Löhne und stabilere Netze der sozialen Sicherheit dürften zu einer Reduktion der mit Armut assoziierten Alkoholsucht beigetragen haben. Gleichzeitig stieg nach dem Zweiten Weltkrieg die gesamthaft konsumierte Alkoholmenge erneut an, nachdem sie nach dem Ersten Weltkrieg zunächst stark abgenommen hatte. In den Augen vieler war dies nun aber ein Ausdruck von Wohlstand und von Freizeitkultur.¹⁴

Von der Idee zur Institution:

Die älteste «Rudolf Steiner Schule» der Schweiz

Die von Rudolf Steiner begründete Anthroposophie entstand zu Beginn des 20. Jahrhunderts. Auch sie kann zu den zeittypischen Reformbewegungen gezählt werden. Ihr Zentrum lag mit dem Goetheanum seit den 1920er-Jahren im unweit von Basel gelegenen Dornach. Rudolf Steiner entwickelte neue Ideen für viele Aspekte der Lebensführung und der Gesellschaftsordnung, so auch für die Pädagogik. Hierin war die Anthroposophie in Basel langfristig erfolgreich: 1926 wurde im Gellertquartier die erste «Rudolf Steiner Schule» der Schweiz eröffnet. Von Beginn an wurden Mädchen und Jungen dort gemeinsam unterrichtet. Unterscheidungen in Leistungsklassen gab es nicht. Dass sich die anthroposophische Pädagogik etablierte, bezeugte Mitte der 1960er-Jahre eine Grossbaustelle am Jakobsberg: Der neue Sitz der inzwischen grössten Basler Privatschule wurde gebaut. Der Unterricht im markanten Neubau begann im Jahr 1967.¹⁵



120 Bau der «Rudolf Steiner Schule» am Jakobsberg.

Foto: Hansruedi Clerc, 1965.

Eine geteilte Sorge: Die Zahngesundheit zwischen Medizin, Staat und Moral

Bis zum Ersten Weltkrieg hatten nur wenige Basler Kinder jemals Bekanntschaft mit einem Zahnarzt oder einer der noch raren Zahnärztinnen gemacht. Dies änderte sich ab 1921 schlagartig: Wie in anderen Städten eröffnete auch in Basel eine staatliche Schulzahnklinik.¹⁶ Von nun an sollten alle Schüler und Schülerinnen ihre Zähne regelmässig kontrollieren lassen. Wurden Schäden ausgemacht, so wurden Reparaturen angeordnet. Die Eltern hatten sich nach Möglichkeit an den Kosten zu beteiligen, wo dies nicht ging, unterstützte der Staat. Die Erziehungsberechtigten begegneten der neuen Institution zunächst mit Skepsis, befürchteten sie doch hohe Behandlungskosten und schmerzhaftes Eingriffe. Auch unter den Schülerinnen und Schülern war der Gang zur Schulzahnklinik nicht beliebt. Nichtsdestotrotz etablierte sich die schulische Zahnmedizin innert Kürze, und die Zahngesundheitsangebote wurden weiter ausgebaut. In den Schulen wurden Zahnputzinstruktionen durchgeführt und Zahnbürsten verbilligt abgegeben, die Industrie produzierte Zahnpasta als zugehöriges Pflegeprodukt. 1924 öffnete die Volkszahnklinik ihre Tore, wo Erwachsene zum Selbstkostenpreis behandelt wurden.¹⁷ Aufklärungsschriften wie das Heft «Was muss eine Mutter von den Zähnen ihres Kindes wissen?» erschienen.¹⁸ Vom frühesten Alter an, so diese Publikation des Gesundheitsamtes, müsse alles an eine disziplinierte Mundhygiene gesetzt werden. Wie selbstverständlich machte man die Mütter für diese grosse Aufgabe verantwortlich. Ähnlich wie in der Tuberkulosefürsorge wurden auch im

Bereich der Zahngesundheit prophylaktische Reihenuntersuchungen mit der Verordnung neuer Hygienestandards kombiniert.¹⁹ Die Sorge um die Gesundheit der Zähne war zu Beginn des 20. Jahrhunderts weit verbreitet. Wissenschaft, öffentliches Gesundheitswesen, Politik und Ernährungslehre befassten sich mit ihr. Beunruhigt war man vor allem wegen der sogenannten «Zahnfäulnis», der Karies. Die aufstrebende Gruppe der Zahnärzte interpretierte schlechte Zähne als Phänomen eines Sittenzerfalls, zeitweise kamen erbbiologische und rassentheoretische Überlegungen hinzu.²⁰ Während sich diese Argumentationslinie auf Dauer nicht durchsetzen konnte, galt die Annahme, Karies habe mit den modernen Essgewohnheiten zu tun, bald als gesichert. Als nach dem Zweiten Weltkrieg in den Industrieländern der Konsum von Zucker in die Höhe schnellte, geriet das beliebte süsse Lebensmittel – Geschmacksverstärker und Konservierungsstoff zugleich – ins Visier. Daten der Basler Schulzahnklinik zeigten, dass in den Kriegsjahren, in denen der Zuckerkonsum zurückgegangen war, die Karies bei Basler Primarschulkindern deutlich rückläufig war. Ein Zusammenhang schien damit erwiesen.²¹ Nun sah sich die Basler Politik genötigt, neue Massnahmen zu ergreifen. Gemäss dem wissenschaftlichen Kenntnisstand und getragen vom für die Zeit typischen Glauben an Fortschritt durch Technologie, beschloss der Grosse Rat 1959 einstimmig eine Fluoridierung des Basler Trinkwassers. Internationale Studien legten eine kariesprophylaktische



121 Werbeplakat für die «Binaca»-Zahnpasta der Ciba. Gestaltung: Niklaus Stoecklin, 1941.

Wirkung nahe. Als rund zehn Jahre später ein neuerlicher Rückgang der Karies bei Basler Schulkindern vermeldet werden konnte, wurde dies als ein Erfolg der Massnahme gewertet. Gleichzeitig wurden die kritischen Stimmen gegen die «Zwangsmedikation» lauter, die eine Wirksamkeit der Fluorbeigabe bezweifelten und überdies mögliche Gesundheits- oder Umweltschäden in Betracht zogen.²² Per se skeptisch gegenüber den Zugaben zu Nahrungsmitteln waren die Vertreter und Vertreterinnen der Naturheilkunde. Ralph Bircher, lebensreformerischer Aktivist und Sohn von Maximilian Bircher-Benner, dem legendären Erfinder des Birchermüeslis, hatte schon 1960 mit Blick auf die Basler Trinkwasserfluoridie-



122 Behandlungsraum der Basler Schulzahnklinik, undatiert.

rung befunden, wohl zeitige diese Effekte, keinesfalls dürfe man aber die Vorstellung zulassen: «Wir haben ja jetzt die Trinkwasserfluoridierung und können ruhig beim Weissbrot bleiben!»²³ Alleine eine gesunde Ernährung, so sein Urteil, garantiere die Zahngesundheit und damit die allgemeine Gesundheit des Menschen über lange Zeit. Trotz zunehmender Kritik behielt Basel die Fluoridierung bis 2003 bei; eine weltweite Ausnahme. Fast überall sonst floss nur während weniger Jahre fluoridiertes Wasser durch die Leitungen. Schweizweit durchsetzen sollte sich dagegen die Fluoridierung von Speisesalz zum Zweck der Kariesprophylaxe.²⁴ Céline Angehrn

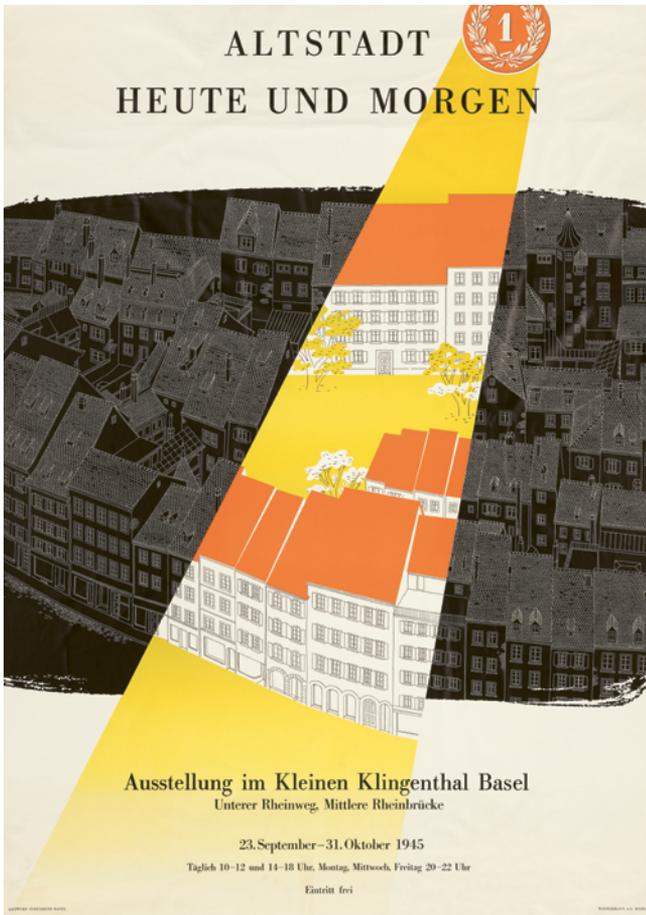
Zerstörerische Kräfte stoppen: Geschützte Zonen in Basel und in der Welt

Zwei um die Jahrhundertwende entstandene Reformbewegungen widmeten sich der Erscheinung von Stadt und Land, die sich durch die Industrialisierung verändert hatte: der Naturschutz und der Heimatschutz. Von Angehörigen der Oberschicht als bürgerlich geprägte Vorhaben institutionalisiert und nach 1960 durch die Beteiligung immer breiterer Bevölkerungskreise ausgeweitet, trug auch dieses Engagement in Basel reiche Früchte.

Die bekanntesten Förderer des frühen organisierten Naturschutzes waren Paul Sarasin und Fritz Sarasin, beide Naturforscher, Cousins und enge Freunde.²⁵ Seit dem späten 19. Jahrhundert hatten sie Forschungsreisen nach Südostasien unternommen – unterstützt von europäischen Kolonialmächten, denen solche Forschungsreisen Hinweise für spätere Eroberungszüge lieferten.²⁶ Beeindruckt von Flora und Fauna, Menschen und Kulturen kamen die beiden Sarasins zum Schluss, dass die von ihnen besichtigten «ursprünglichen» Natur- und Kulturzustände kurz vor ihrem Verschwinden stünden. Als wäre es die letzte Möglichkeit, deren Zeugnisse zu sichern, sandten sie immense Mengen an Artefakten, menschlichen Schädeln, Pflanzen und Tieren in ihre Heimatstadt, wo sie aufbewahrt und der Forschung zugänglich gemacht werden sollten. Nach Basel zurückgekehrt, entwickelten sie den Gedanken einer bedrohten Natur weiter. Paul Sarasin übernahm das Präsidium der 1906 gegründeten Schweizerischen Naturschutzkommission sowie des 1909 ins Leben gerufenen Schweizerischen Bundes für Naturschutz, der späteren «Pro Natura». Deren oberstes Ziel war die Gründung eines Schweizer Naturschutzparks. Denn auch im Alpenraum erkannten die Naturforschenden Überreste aus einer früheren historischen Epoche, deren Erhalt ein solcher Park sichern sollte. Das ambitionierte Ziel wurde schon bald erreicht: 1914 eröffnete im Engadin der erste Nationalpark Europas.

Dass weite Teile des Bürgertums – gerade auch in Basel – die Vorstellung teilten, den zerstörerischen Kräften der Moderne sei durch neuartige Schutzbemühungen entgegenzutreten, zeigte sich neben dem jungen Naturschutz auch in der Heimatschutzbewegung, die zeitgleich entstand. Als 1905 eine Basler Sektion der Schweizerischen Vereinigung für Heimatschutz gegründet wurde, entwickelte sich diese rasch zur grössten schweizweit.²⁷

Ihre Aufmerksamkeit richteten die in Natur- und Heimatschutzvereinen zusammengeschlossenen Basler und Baslerinnen auch auf ihre eigene Stadt. Denn auch hier schienen ihnen vertraute Lebensräume und deren «Schönheiten» vom



123 **Ausstellungsplakat «Altstadt heute und morgen».** Gestaltung: **Atelier Eidenbenz, 1945.** —

Diesen Erfolg konnte die Heimatschutzbewegung für sich verbuchen: Die Altstadt wurde im 20. Jahrhundert zu einem schutzwürdigen Bereich der Stadt erklärt. 1945 widmete das Stadt- und Münstermuseum den durch Arbeitsrappengelder subventionierten Sanierungsmassnahmen eine Ausstellung. Das Ausstellungsplakat des erfolgreichen Grafikateliers Eidenbenz verdeutlicht, was es mit der Sanierung auf sich hatte. Schon früher hatte das Atelier das Einrappenstück als Signet des Arbeitsrappens eingeführt. Nun erschien es als strahlende Sonne wieder: Diese würde, so verhiess es die Darstellung, Basels ältesten Stadtteil in neuem Glanz erstrahlen lassen. Die Sanierungen umfassten Vergrösserungen von Innenhöfen, Entfernungen von Zubauten aus dem 19. Jahrhundert, Anpassungen an hygienische und baupolizeiliche Standards sowie Vereinheitlichungen der Fassaden. Die sanierte Altstadt entsprach modernen Vorstellungen und Vorgaben (vgl. Vinken 2010).

Verschwinden bedroht. Gemeinsam mit verbündeten staatlichen Instanzen wirkten sie darum, dass auch in Basel eigentliche Schutzräume abgesteckt wurden: So entstand 1911 ein kleines Naturschutzgebiet am Kleinbasler Rheinufer zwischen Eisenbahnbrücke und Grenzach, Rheinhalde genannt. Alle «Veränderungen oder Verwendungen», die den «Pflanzenwuchs zu schädigen geeignet sind», waren auf diesem knapp einen Kilometer langen, schmalen Landstück verboten.²⁸ Schilder machten auf den besonderen Status des Gebiets aufmerksam. Wie in anderen Kleinreservaten kam es aber zu Umsetzungsschwierigkeiten.²⁹ Die Fischer beanspruchten den Zugang zum Wasser, und Jugendliche trieben sich herum. Paul Sarasin intervenierte als oberster Naturschützer der Schweiz bei den Basler Behörden. Vom Polizeiinspektorat verlangte er eine strengere Verfolgung der Verstösse, beim Erziehungsdepartement regte er eine Naturschutzerziehung an.³⁰

Beides wurde aufgenommen, löste die Probleme aber nicht dauerhaft, zumal eine lückenlose Polizeipräsenz in der Rheinhalde unrealistisch war.³¹ Nach dem Zweiten Weltkrieg schliesslich setzte sich die Einsicht durch, dass die Bewahrung von «Urlandschaften» in Stadtnähe «unmöglich» sei.³² Die Basler Sektion der Naturschutzkommission gab 1955 ihre Einwilligung dazu, den Unterhalt der Rheinhalde an die Stadtgärtnerei zu übertragen, obwohl diese sich erst kurz zuvor den Fauxpas geleistet hatte, am entsprechenden Rheinuferabschnitt aktiv zu werden und Humus aufzuschütten.³³ Dennoch wurde am Schutzgebiet festgehalten, nicht zuletzt aus edukativen Gründen.³⁴

Im Fall der Heimatschutzbewegung war es die früh einsetzende Überführung heimatschützerischen Gedankenguts in die Stadtplanung, die zur Einrichtung eines Schutzgebiets auf Basler Boden beitrug.³⁵ Die Altstadt wurde zu einem aus historischen und ästhetischen Gründen geschützten Stadtteil, damit ebenfalls zu einer Art Reservat.³⁶ Die Zonenplanung von 1939 legte erstmals fest, dass sich bauliche Massnahmen in den als Altstadt klassifizierten Strassenzügen des Stadtzentrums beidseits des Rheins ästhetisch in die bestehende Bausubstanz einzu-passen hatten. Eine seit 1911 bestehende Staatliche Heimatschutzkommission (später «Stadtbildkommission») überwachte die in den 1940er-Jahren begonnene, durch öffentliche Gelder subventionierte Sanierung des Gebiets. Anders als im Fall der Rheinhalde gehörten gestalterische Eingriffe in der Altstadt jedoch von Anfang an ausdrücklich zum Programm: So verlieh die Sanierung dem als «ursprünglich» klassifizierten Stadtteil – paradoxerweise – vielerorts ein neues Gesicht, etwa durch die Auskernung von Innenhöfen.³⁷ Mit einem neuen Abrisschutz für die historischen Gebäude Ende der 1970er-Jahre und dem neuen Denkmalgesetz von 1980 sollte der Schutz der Altstadt in den letzten Jahrzehnten des Jahrhunderts noch verstärkt und auf solide juristische Grundlagen gestellt werden.³⁸

Dass sowohl die Naturschutz- wie auch die Heimatschutzbewegung nach 1960 Aufwind erfuhren, war jungen Kräften geschuldet. Als Vertreter einer neuen Generation wurde zum Beispiel der Soziologiestudent Lucius Burckhardt aktiv. «Es müsste nicht der Heimatschutz sein», der über das Basler Stadtbild befand, schrieb er anlässlich von dessen 50-Jahr-Jubiläum provokativ. Weil sich aber keine andere Instanz gleichermaßen «leidenschaftlich» und «umfassend» um Basels Erscheinungsbild kümmere, sei der Heimatschutz schlicht unverzichtbar.³⁹ Im Schulterschluss mit dem etablierten Verein organisierte Burckhardt 1961 einen vielbeachteten Fackelumzug zur Erhaltung des «Rosshofs». Dutzende nahmen am Protestmarsch unter dem Slogan «Rettet die Altstadt» teil, darunter auch Studentinnen und Studenten. Angekündigt waren damit ein Generationenwechsel und

eine Zeitenwende: Die Heimatschutzbewegung konnte ihren Ruf als «ewiggestrig» ein Stück weit ablegen, und bausubstanzwahrende Anliegen hatten neu auch bei Abstimmungen regelmässig eine Chance.⁴⁰ Ähnlich erging es der Naturschutzbewegung, die nach 1960 wachsende Bevölkerungskreise erreichte und in den Begriffen von Umwelt, Ökologie und knapper werdenden Ressourcen neue Themen zu adressieren begann. Jahre später mündete eine neuartige und öffentlichkeitswirksame Politisierung von Natur- und Umweltschutzthemen in die Gründung einer «Grünen» Partei; in Basel nicht zufällig erneut unter Beteiligung von Lucius Burckhardt.

Neben dieser Erneuerung erfuhr die Idee geschützter Reservate in den 1960er-Jahren ein Revival, nun auf globalem Parkett. Als 1961 der «World Wildlife Fund» (WWF) ins Leben gerufen wurde, war erneut ein Mann aus Basel als Mitgründer und Sponsor an vorderster Front dabei: der Biologe, Naturschützer und Roche-Erbe Luc Hoffmann. Bald stieg der WWF zu einer der grössten Naturschutzorganisationen der Welt auf. Mit Startkapital aus Basel richtete er Naturschutzreservate in der ganzen Welt ein.⁴¹

Die «Naturfreunde»: Vom sozialistischen Alpinismus zum Umweltschutz

Ende des 20. Jahrhunderts waren die «Naturfreunde» eine Umweltschutzorganisation mit fast hundertjähriger Geschichte.⁴² Ihr Engagement galt unter anderem dem «sanften» Tourismus, denn damit kannten sie sich aus. Seit Jahrzehnten unterhielten sie Ferienheime in der ganzen Schweiz und boten Wander- und Skitouren an. Zwar lag ein Zusammenhang zwischen Alpinismus und Naturschutz für einige der Mitglieder schon früh auf der Hand: Ein Vorstandsmitglied der Basler Sektion erklärte zum Beispiel bereits in den 1950er-Jahren, er fahre aus Naturschutzgründen kein Auto.⁴³ Ihre Wurzeln hatten die Naturfreunde aber anderswo, nämlich in der Arbeiterkulturbewegung. Sie verstanden sich als «Wanderorganisation des arbeitenden Volkes» und damit als Gegenstück zu den bürgerlich geprägten

Wander- und Alpenclubs, wie sie lange betonten. Denn während Auszeiten in Hotels mit Bergblick für Vermögende eine Selbstverständlichkeit seien, müssten sich die «Lohnabhängigen» die Möglichkeiten zur Erholung in der Natur erst erobern. Von Basel aus führten die Wege der Naturfreunde in verschiedene Richtungen: in die Reinacher Heide, in ein Ferienhaus auf dem Passwang, in die Berge und immer öfter auch auf internationale Wanderreisen. Dass Umweltthemen innerhalb ihrer traditionsreichen Bewegung im Zeichen des Zeitgeistes ab 1970 an Gewicht gewannen, barg Konfliktpotenzial. Einige erkannten darin die Gefahr einer Abschwächung der ursprünglich sozialpolitischen Vereinsziele, für andere liessen sich die verschiedenen Anliegen mühelos verbinden.

Religion im Wandel: Zwischen Kirchenbau, Ökumene und Säkularisierung

Nur eine Woche lag im Frühsommer 1964 zwischen zwei sehr ähnlichen Feierlichkeiten: Die Türme der evangelisch-reformierten Titus- und ebenso die der Gellertkirche wurden mit Glocken bestückt. An einem Seil zogen Schulkinder sie in die Höhe. Es folgten Gebete, Speis und Trank. Das halbe Quartier war mit von der Partie, auch die katholischen Nachbarinnen und Nachbarn.

Die Glockenaufzugsfeiern fielen in eine Zeit schon begonnener oder sich eben ankündigender Umbrüche. So war Basel zwar herkömmlich eine protestantisch dominierte Stadt, sowohl was die Mehrheitsverhältnisse wie auch was die Machtverhältnisse anging: Die meisten der führenden Köpfe in Wirtschaft, Wissenschaft und Politik gehörten dieser Konfession an. Der Anteil der Katholiken und Katholikinnen an der Basler Wohnbevölkerung stieg aber bis 1970 auf fast vierzig

← 124 Glockenaufzug der Tituskirche. Foto: Hans Bertolf, 1964. | → 125 Glockenaufzug der Gellertkirche. Foto: Hans Bertolf, 1964. — Kurz hintereinander erhielten die evangelisch-reformierten Kirchen Titus und Gellert ihre Glocken. Dank den für die Zeit typischen offenen Kirchtürmen war das Glockengeläut im weiten Umkreis zu hören.



Prozent. Damit gingen ein neues katholisches Selbstbewusstsein und eine Blüte des katholischen Vereinslebens einher: eine deutliche Milieubildung, die sich in der zweiten Jahrhunderthälfte allerdings bereits wieder abschwächte. Dass Katholikinnen und Katholiken beim Aufzug der evangelischen Kirchenglocken dabei waren, bezeugte, dass eine Annäherung zwischen den Konfessionen stattgefunden hatte.

Bereits 1910/11 war ausserdem mit einer Gesetzesänderung eine weitgehende organisatorische und finanzielle Trennung zwischen dem Staat und der Evangelisch-reformierten Kirche beschlossen worden.⁴⁴ Im Vergleich zur Römisch-katholischen Kirche (bis 1972: Römisch-katholische Gemeinde) und der Israelitischen Gemeinde behielt sie zwar bis 1972 eine Vorrangstellung, weil sie im Unterschied zu diesen die öffentlich-rechtliche Anerkennung genoss, ebenso wie die zahlenmässig kleine Christkatholische Kirche. Ihre Position wurde dennoch geschwächt, nicht zuletzt weil die Trennung von Kirche und Staat eine grundsätzliche Neubestimmung des Status des Religiösen nach sich zog.

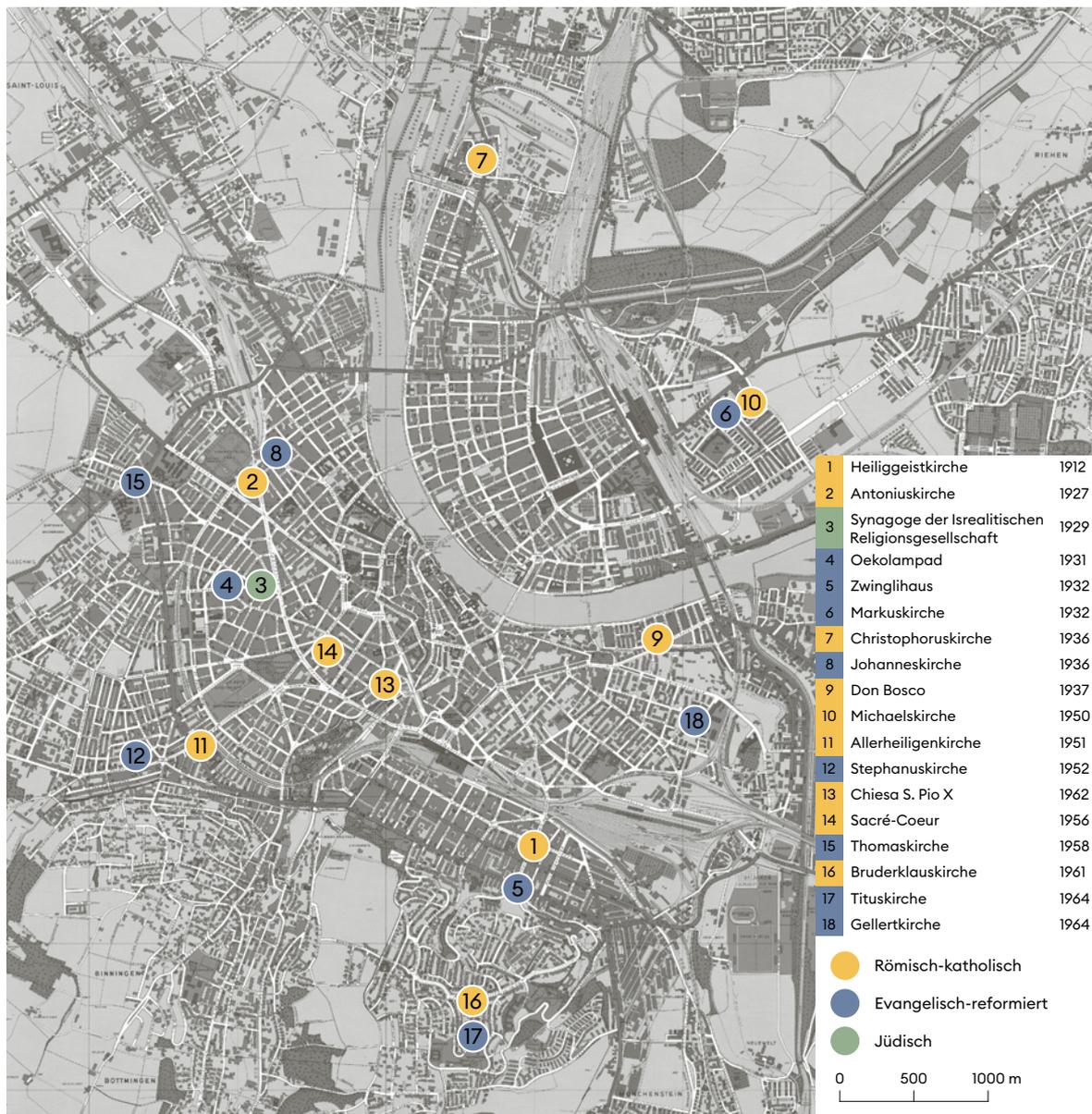
Erneut verändert zeigte sich die Ausgangslage im letzten Drittel des Jahrhunderts. Nun machte sich eine neuartige Skepsis gegenüber den Kirchen als Institutionen breit. Nur wenige Jahre nach den Glockenaufzugsfeiern setzte die sogenannte Entkirchlichung der Gesellschaft ein.

Verkirchlichung des Stadtraums und Entkirchlichung der Gesellschaft

Bis in die 1960er-Jahre entstanden in Basel neue Kirchen. In vielen Quartieren kamen so jeweils eine neue evangelisch-reformierte und eine neue römisch-katholische Kirche in relativer Nähe zueinander zu stehen: im Hirzbrunnen, im Gundeldingerquartier, im Bachletten, auf dem Bruderholz oder rund um den Kanenfeldpark. Neue Gotteshäuser entsprachen offensichtlich einem Bedürfnis. Der Wunsch war gross, sich in der näheren Wohnumgebung zum Gottesdienst zu treffen. Wo Quartierkirchen fehlten, kamen die Gläubigen beider christlicher Konfessionen übergangsweise in Provisorien zusammen, etwa in einem Gasthof oder in Räumlichkeiten der Stadtmission.⁴⁵

Gerade für die Katholiken und Katholikinnen waren die neuen Gebäude zudem von hoher Symbolkraft. Sie machten die Präsenz der konfessionellen Minderheit im Stadtraum sichtbar und boten ein Zuhause im Quartier. Eine Bewohnerin des Gundeldingerquartiers berichtete, dass sie als Jugendliche in den 1920er-Jahren wegen ihres grossen Heimwehs nach der katholischen Pfarrei frühzeitig von einem Englandaufenthalt zurückkehrte.⁴⁶ Sammelaktionen ermöglichten den Ausbau des katholischen Kirchennetzes.⁴⁷ Der Erlös eines dreitägigen Bazars zum

Zwischen 1912 und 1966 neu erbaute Gotteshäuser in Basel



126 In den äusseren Quartieren entstanden in einem regelrechten Kirchenbauboom neue Kirchen; eine römisch-katholische und eine evangelisch-reformierte häufig nahe beieinander. Hier erfasst sind neue Gotteshäuser der Evangelisch-reformierten Kirche, der Römisch-katholischen Kirche und der Israelitischen Religionsgesellschaft

zwischen 1912 und 1966. Nicht aufgeführt sind ältere Gotteshäuser und die evangelisch-reformierte Lukaskirche von 1971 sowie Kapellen, sogenannte «kleine kirchliche Zentren» (Basler Nachrichten, 17.03.1959), bestehend aus Pfarrhaus und Gemeindesaal, und Bauten von Freikirchen.



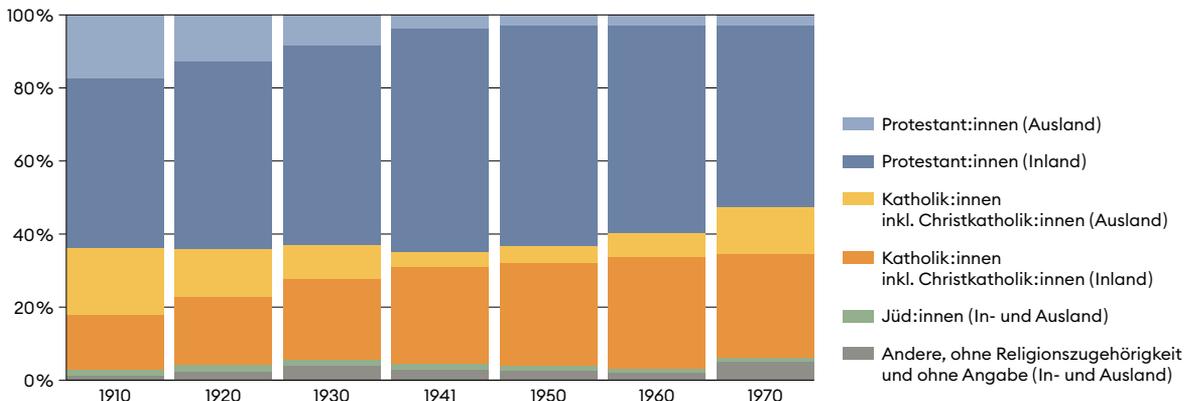
127 Postkarte der Antoniuskirche, undatiert. — Hochmodern war die 1927 erbaute römisch-katholische Kirche St. Anton. Missfallen an ihrer Architektur drückte der Übername «Seelensilo» aus. Viele weitere Basler Kirchenneubauten beider Konfessionen experimentierten in den Folgejahren mit Beton als neuartigem Baumaterial.

150-Jahr-Jubiläum der Römisch-katholischen Gemeinde im Jahr 1948 war gar vollumfänglich neuen Kirchenbauten zgedacht.⁴⁸

Auch für viele Basler Jüdinnen und Juden war die Synagoge ein wichtiger Bezugspunkt. Diese stand seit 1868 an der Leimenstrasse. Ein Richtungsstreit zwischen liberalen und orthodoxen Kräften führte 1927 zur Abspaltung der Israelitischen Religionsgesellschaft (IRG) von der Israelitischen Gemeinde (IGB) und 1929 zur Einweihung einer neuen Synagoge an der Ahornstrasse durch die IRG. In Basel gab es nun zwei jüdische Gotteshäuser. Allerdings blieben Doppelmitgliedschaften in der orthodoxen, ostjüdisch geprägten Israelitischen Religionsgesellschaft und der Israelitischen Gemeinde möglich. Ausserdem machte sich schon bald ein gewisser Einigungsdruck bemerkbar, als durch den aufkommenden Nationalsozialismus jenseits der Grenze in nächster Nähe eine dramatische Bedrohungslage entstand und auch in Basel der Antisemitismus zunahm.⁴⁹

Neue Gotteshäuser trugen zur Quartierentwicklung bei. Sie wurden – ähnlich wie etwa Schulhausbauten – zu Orientierungspunkten im Stadtbild. Ausser-

Wohnbevölkerung im Kanton Basel-Stadt nach Religionszugehörigkeit und Herkunft, 1910–1970



128 Der Anteil der Katholiken und Katholikinnen stieg zwischen 1910 und 1970 von 33 auf 40 Prozent der basel-städtischen Wohnbevölkerung. Bis zum Zweiten Weltkrieg und dann ab 1960 wieder stammten relativ viele von ihnen aus dem Ausland. Der Anteil der Juden und Jüdinnen an der Wohnbevölkerung betrug 1910 knapp zwei, 1970 knapp ein Prozent. Diese Abnahme wird mit der Abwanderung nach 1945 vor allem nach Israel in Zusammenhang gebracht (Erlanger 2005,

S. 220–221). Mit zwei bis drei Prozent war der Anteil der als konfessionslos oder als einer anderen Konfession zugehörig registrierten Personen bis in die 1960er-Jahre noch klein. Ihr Anteil stieg bis 1970 auf fünf Prozent und sollte im letzten Drittel des Jahrhunderts markant zu Buche schlagen. Die Kategorien «Inland» und «Ausland» entstammen der Quelle. Die Daten stammen aus dem «Statistischen Jahrbuch des Kantons Basel-Stadt» 1971 (Volkszählungen).

dem stellten sie Räume zur Verfügung, die nicht nur für Gottesdienste genutzt wurden, was sie zu Zentren des sozialen Lebens machte. Im Saal des neuen Zwinglihauses wurde zum Beispiel eine Kinovorrichtung eingebaut. Die mobile Bestuhlung anstelle von fixen Bankreihen unterstrich die von Anfang an mitbedachte Multifunktionalität des 1932 eingeweihten Gotteshauses auch für soziale und kulturelle Zwecke.⁵⁰ Eine eigene Qualität hatten überdies neue Gemeindehäuser oder erweiterte Gemeinderäume, wie sie ab den 1950er-Jahren von allen Glaubensrichtungen errichtet wurden.⁵¹ Die Israelitische Gemeinde erstellte im Jahr 1957 ein mehrstöckiges neues Gemeindehaus direkt neben ihrer Synagoge. Es bot Verwaltungsräume, einen Festsaal und Räumlichkeiten für die jüdischen Vereine. Das Gemeindehaus sollte den Zusammenhalt und die Bindung an die Gemeinde stärken – in einer Zeit, in der auf der einen Seite die Abwanderung nach Israel, auf der anderen Seite eine wachsende religiöse Indifferenz gefürchtet wurde.⁵² Der Plan vielfältiger Nutzungen im neuen Haus ging jedenfalls auf: 1959 fand dort zum Beispiel ein erster «Tanzabend für alle jüdischen Jugendlichen Basels» statt.⁵³

Dass Basel bis in die 1960er-Jahre reich mit neuen Sakralbauten und zugehörigen Gemeinderäumlichkeiten ausgestattet wurde, stand im Kontrast zu einer anderen Tendenz der Zeit. Kirchenvertreter und Kirchenvertreterinnen konstatierten seit Längerem eine abnehmende Bedeutung der Kirchen und der von ihr vermittelten Inhalte. In Publikationen des reformierten Milieus war bereits in den 1920er-Jahren vom schwindenden Einfluss von Kirchen und Religion im Horizont der «Moderne» die Rede.⁵⁴ 1961 stellte der reformierte Pfarrer Oscar Moppert konsterniert fest, dass höchstens noch «Trüpplein von Kirchgängern» sonntags zum Gottesdienst gingen: «in manchen Quartieren nur tropfenweise, aus manchen Strassen überhaupt nicht».⁵⁵ Weiter sei «die Kenntnis der Bibel und des Gesangsbuchs» in «geradezu katastrophaler Weise zurückgegangen».⁵⁶ Auch Stadtmissionare und Stadtmissionarinnen, die als Quartierseelsorgende von Tür zu Tür gingen, beschrieben ihre Arbeit als oft zäh.⁵⁷ Es sei manchmal sogar schwieriger, den Menschen in Basel das Evangelium nahezubringen als bei der aussereuropäischen Mission, wurde in ihren Kreisen in den 1950er-Jahren behauptet.⁵⁸ Nicht anders klang es auf katholischer Seite. Der Pfarrer der Clarakirche, Franz Blum, formulierte seinen Unmut über die weitverbreitete Auffassung, «es gehe auch ohne Gott und ohne Religion ganz gut».⁵⁹ Zur Sprache gebracht war damit eine Absage an die Kirchen als Institutionen und an die Religion als verbindliche Dogmatik: eine Loslösung, die mit den Begriffen Entkirchlichung und Säkularisierung beschrieben wird.

Was sich bereits seit den 1920er-Jahren als gelockerte Bindung zu Kirchen und Religion angekündigt hatte, spitzte sich im letzten Drittel des Jahrhunderts zu. Die Kirchengemeinschaft des späten 20. Jahrhunderts nahm ihren Anfang just als die Basler Kirchenlandschaft fertiggestellt war. Seit Mitte der 1960er-Jahre stiegen die Austritte aus der Evangelisch-reformierten Kirche rasant. Nach den Gründen befragt, sprachen immer mehr Personen von einer allgemeinen Abkehr vom Glauben, während früher Übertritte in eine andere Konfession als Grund die Regel gewesen waren.⁶⁰ Selbst Anpassungsleistungen, wie die versuchsweise Integration neuer Elemente wie Jazz und Gospel in den Gottesdienst, die Öffnung des reformierten Pfarramts für Frauen oder ein stärkerer Einbezug von Laien hielten die Entwicklung nicht mehr auf. Die Römisch-katholische Kirche erhob die Austritte ab Beginn der 1970er-Jahre.⁶¹ Bis 1984 sollten sich rund vierzig Prozent der Mitglieder abmelden.⁶²

Solche Distanznahme zu den Kirchen bedeutete allerdings nicht per se einen Verlust religiöser Gefühle. Vielmehr muss über die religiöse Orientierung der Menschen ein Stück weit gemutmasst werden, denn systematisch erfasst wurden religiöse Einstellungen in der Schweiz erst Ende des Jahrhunderts.⁶³ Bibelkurse oder die Arbeitsgemeinschaft «Christ und Welt» zeigten jedenfalls ein Bedürfnis der

religiösen Auseinandersetzung unter Laien an, gerade in Zeiten eines Wandels.⁶⁴ Kontinuität bestand ausserdem im Bereich des sozialen Engagements. Solches wurde weiterhin durch kirchliche Strukturen organisiert und konnte sich ungebrochen mit religiöser Motivation verbinden. Zuerst aktiv in der Nachkriegshilfe, waren kirchliche Hilfswerke bald wichtige Träger der frühen sogenannten Drittwelt- und Entwicklungshilfe, ebenso die Basler Mission.⁶⁵ Eine ökumenische Mimosenverkaufsaktion der Evangelisch-reformierten, Römisch-katholischen und Christkatholischen Kirche flutete die Stadt in den 1960er- und 1970er-Jahren einmal jährlich mit gelben Blumen und brachte ansehnliche Summen für Armutsbetroffene in Basel zusammen.⁶⁶ Für die vielen bis in die 1960er-Jahre erstellten Gotteshäuser hatte die Entkirchlichung der Gesellschaft, die in den Kirchenaustritten kumulierte, jedoch weitreichende Konsequenzen. Ihre Nutzungsmöglichkeiten mussten schon bald überdacht und Lösungen für den kostspieligen Unterhalt gefunden werden.

Abgebaute Schranken und neue Kooperationen: Kontakte zwischen den Konfessionen

Als Robert Mäder im Jahr 1912 erster Pfarrer der römisch-katholischen Heiliggeistkirche wurde, war man vom Problem der Kirchenaustritte noch weit entfernt. Im Gegenteil: Gerade erwachte ein katholisches Selbstbewusstsein in der protestantischen Stadt. Der umtriebige Pfarrer organisierte 1917 die erste als Demonstration gegen innen wie aussen gedachte Fronleichnamsprozession des Jahrhunderts, quer durch das Gundeldingerquartier.⁶⁷ Bekannt wurde Mäder als einer der profiliertesten Schweizer Vertreter eines antimodernen, rechtskonservativen und antisemitischen Katholizismus der Zwischen- und Kriegszeit.⁶⁸ Mit Leidenschaft bekämpfte er unter anderem die sogenannte Mischehe, die Eheschliessung zwischen Katholisch- und Andersgläubigen, vor allem mit Protestantinnen und Protestanten.⁶⁹ Um jeden Preis wollte er solche «Mesallianzen» verhindern. Denn nicht nur drohe in solcher Verbindung die Abkehr vom wahren Glauben, vor allem werde der Katholizismus auch unvollständig an die Nachkommen weitergegeben. Wenn gleich Basel bereits in den ersten Jahrzehnten des 20. Jahrhunderts mit rund dreissig Prozent eine vergleichsweise hohe Zahl konfessionsgemischter Ehen aufwies, waren diese gleichermaßen wie im katholischen Milieu Mitgliedern des protestantischen und jüdischen Milieus ein Dorn im Auge. Eine Basler Jüdin schilderte in ihrer Lebensaufzeichnung zum Beispiel, wie sehr sie es bedauerte, dass an ihrer Hochzeit in den 1940er-Jahren von ihren zahlreichen Verwandten nur wenige teilnahmen, weil sie einen Katholiken heiratete.⁷⁰ In seiner dogmatischen Kompro-



129 Fronleichnamsprozession St. Clara.
Foto: Foto Hoffmann, 1943. — Für alle sichtbar: 1943 zogen die Kleinbasler Katholiken und Katholikinnen mit ihrer Fronleichnamsprozession durchs Quartier. Solche Prozessionen stellten den Katholizismus mitsamt seinen ausladenden Riten in der reformierten Stadt öffentlich zur Schau.

misslosigkeit stach Mäder jedoch hervor. Überliefert ist der Fall eines Paares, dem er eine gemischtkonfessionelle Vermählung verweigerte. Der tolerantere Pfarrer von St. Clara, Franz Blum, vollzog die Trauung schliesslich in seiner Kirche auf der anderen Seite des Rheins.⁷¹

Wie prägend die Religions- und Konfessionszugehörigkeit in vielen Lebensbereichen bis weit ins 20. Jahrhundert war, zeigte sich aber nicht nur in Fragen der Partnerwahl. Konfessionell durchdrungen waren viele Aspekte des Alltagslebens, etwa durch das bis zur Jahrhundertmitte ausdifferenzierte konfessionelle Vereinsleben. Neben Vereinen, die unmittelbar mit den Kirchen, der kirchlichen Fürsorge oder der Mission zu tun hatten, bestanden nach Glaubensrichtung getrennte Jugend-, Turn- und Sportvereine. Die Anziehungskraft solcher Zusammenschlüsse schwächte sich nach dem Zweiten Weltkrieg allerdings ab, das Interesse der jüngeren Generationen liess nach.⁷² Der Tendenz einer Annäherung der beiden christlichen Konfessionen konnte selbst der Aufruhr rund um das papstkritische Theaterstück *Der Stellvertreter* von Rolf Hochhuth im Jahr 1963 keinen Abbruch mehr tun.⁷³ Die aufkommenden audiovisuellen Massenmedien trugen zur Zusammenführung der Lebens- und Denkwelten bei, während gleichzeitig viele kirchennahe Zeitschriften eingingen. Nicht zufällig verflachte sich in diesem Klima der Öffnung auch die innerprotestantische Spaltung zwischen den Strömungen der freiheitlichen «Liberalen» und der konservativen «Positiven», die lange gar für die Durchführung getrennter Gottesdienste verantwortlich gewesen war.⁷⁴ 1960 gab es in acht

Diese Abbildung kann aus urheberrechtlichen Gründen nicht in der Open-Access-Ausgabe angezeigt werden. Sie ist jedoch in der gedruckten Ausgabe enthalten.

130 Protestmarsch gegen das Theaterstück «Der Stellvertreter», 1963. — Unter Polizeischutz feierte das Theaterstück «Der Stellvertreter» von Rolf Hochhuth am Stadttheater Premiere. Es rief heftige Reaktionen hervor: Verschiedene Gruppierungen organisierten Proteste. Katholiken und Katholikinnen empfanden die Aussage des Stücks als unangemessen, der Papst habe

sich zu wenig deutlich gegen das Naziregime ausgesprochen. Dass der «konfessionelle Friede gestört» sei, fanden auch andere, die sich dem Schweigemarsch der «Aktion junge Christen» anschlossen. Auf den Schildern der Gegendemonstranten und Gegendemonstrantinnen hingegen war zu lesen: «Bravo Hochhuth für Ihre Zivilcourage» oder «Freiheit für Kunst».

von zwölf evangelisch-reformierten Kirchgemeinden bei den Synodalwahlen erstmals keine nach Richtung unterschiedenen Wahllisten mehr.⁷⁵

Im Bereich der kirchlichen und theologischen Arbeit trug die Annäherung zwischen den Konfessionen ihre eigenen Früchte. Vorbereitet durch Gespräche im Rahmen der universitären Theologie und gestärkt durch das Zweite Vatikanische Konzil von 1962 bis 1965, das weltweit eine Öffnung der Römisch-katholischen Kirche nach sich zog, wurde die ökumenische Zusammenarbeit zwischen den christlichen Konfessionen vertieft. In einer Aktionswoche im Jahr 1965 wurde zum ersten Mal ein «Kanzeltausch» zwischen einem reformierten und einem katholischen Pfarrer initiiert.⁷⁶ Auch der christlich-jüdische Dialog wurde nach dem Zwei-

ten Weltkrieg intensiviert; die Verbrechen des Nationalsozialismus gaben dafür den Ausschlag. Die 1946 gegründete «Christlich-jüdische Arbeitsgemeinschaft» führte eine Ortsgruppe auch in Basel, an deren Beginn der Kampf gegen das «Gift der Judenfeindschaft» gestanden hatte. Später formulierte sie ihr Ziel dahingehend, «das gegenseitige Verstehen zwischen Christen und Juden zu fördern, Fremdheit und Misstrauen zu überwinden, persönliche Begegnungen zu fördern».⁷⁷ Unter diesen Vorzeichen fand 1952 ein aussergewöhnliches Konzert im Basler Kunstmuseum statt: Gottesdienstliche Gesänge der jüdischen, katholischen und evangelischen Traditionen wurden in einem gemeinsamen Konzert aufgeführt.⁷⁸

Zu guter Letzt zeigte sich eine Abmilderung ehemals scharf gezogener konfessioneller Milieugrenzen auch in einer gelockerten Haltung in Sachen Mischehe. Der Anteil konfessionsgemischter Ehen stieg bis Ende der 1960er-Jahre weiter an, auf knapp vierzig Prozent. Eine neue Abhandlung zur Frage wurde 1964 im Basler Reinhardt-Verlag gedruckt.⁷⁹ Aus der Feder eines evangelischen Pfarrers stammend, war das Büchlein mit dem unscheinbaren Namen «Mischehen heute» überschrieben. Wesentlich gemässiger als noch zu Zeiten und aus dem Mund eines Robert Mäder, brachte der Autor neben den institutionellen Hürden, die er der katholischen Seite anlastete, die Gefahr von Entfremdung und von Missverständnissen zur Sprache. Allerdings schien die Problemstellung 1964 nicht mehr unbewältigbar. Immerhin handelte es sich bei zwei dezidiert christlich Konfessionsverschiedenen um zwei Gläubige. Durch gemeinsames Beten oder Bibellektüre liessen sich Differenzen überbrücken, so der Autor. Unter dem Eindruck einer allgemein wachsenden Loslösung der Menschen von Kirche und Religion hatte die «Mischehenfrage» an ihrer einstmaligen Brisanz eingebüsst.

Bildungsinstitutionen zwischen Religionsfreiheit und religiösen Bedürfnissen

Seit der Trennung von Kirche und Staat 1910/11 war die Entscheidung für ein säkulares Staatswesen im Prinzip gefällt. Klärungsbedarf, wie dieses konkret aussehen sollte, zeigte sich in den folgenden Jahren jedoch im Bildungsbereich. Denn die Religion war nun eine Sache der Glaubensgemeinschaften und die Schule eine Angelegenheit des Staates. Zudem hatte bereits die Bundesverfassung von 1874 die Glaubens- und Gewissensfreiheit festgeschrieben. Diesen Grundsätzen musste die Schule des 20. Jahrhunderts Rechnung tragen, schliesslich sassen auf der Schulbank Kinder verschiedener Glaubensrichtungen nebeneinander, ebenso wie ein kleiner, aber wachsender Teil von Kindern, deren Eltern sich ganz von Religion

und Glauben losgesagt hatten. In den 1920er-Jahren wurde das ehemals obligatorische Schulgebet in Basel für fakultativ erklärt. Der Religionsunterricht wurde den zwei grossen christlichen Kirchen übertragen. Die Schule stellte nur noch die Räumlichkeiten zur Verfügung.⁸⁰

Als unter dem sozialdemokratischen Erziehungsdirektor Fritz Hauser der Beschluss gefasst wurde, das Beten im Unterricht ganz zu verbieten, kam es allerdings zu einem politischen Streit: Von einem «Übergriff der Erziehungsbehörden» war im Grossen Rat im Januar 1933 die Rede, von «beschlossener Unterdrückung» der Religion.⁸¹ Auch unter Eltern, in Kirchenkreisen und in der Presse stiess das Verbot auf heftigen Widerstand und wurde als sozialistischer Unfug abgetan. Tausende unterschrieben eine Petition. Schliesslich drehte sich der Spieß sogar um. Anstatt dass das Schulgebet wie vorgesehen verboten wurde, schrieb man im Jahr 1934 seine ausdrückliche Erlaubnis fest. Ob sie die Schulstunden mit einem Gebet begannen oder abschlossen, lag somit in der Entscheidungskompetenz der einzelnen Lehrerinnen und Lehrer.⁸²

Zeitgleich zu dieser Standortbestimmung der Staatsschule entzündete sich eine Diskussion über den Status der Religion auch mit Blick auf die zweite grosse Bildungsinstitution der Stadt, die Universität. Die Legitimität der Theologischen Fakultät stand im ersten Drittel des 20. Jahrhunderts so radikal in Frage wie nie zuvor und kaum je wieder. In mehreren Anläufen wurde ihre Umwandlung in eine religionswissenschaftliche Fakultät oder gar ihre Abschaffung gefordert.⁸³ Während freidenkerische und kommunistische Kreise argumentierten, als religiös und konfessionell ausgerichtetes Fach habe die Theologie an einer modernen Universität nichts mehr zu suchen, argumentierte die Gegenseite mit ihrer historischen Bedeutung. Die Theologische Fakultät abschaffen zu wollen, sei «materialistisch», hiess es. Vertreter der Universität argumentierten, dass auch die Theologie Wissenschaft betreibe und auch für sie das Recht der freien Forschung gelte.

Mitte der 1930er-Jahre stieg die Zahl der Studierenden der einst grössten, zu Beginn des 20. Jahrhunderts allerdings zusammengeschrumpften Fakultät erstmals wieder merklich an.⁸⁴ Dieser Erfolg dürfte auch mit der Beliebtheit des 1935 nach Basel berufenen Theologen Karl Barth zu tun gehabt haben, der in der Stadt mit pietistischem Erbe herzliche Aufnahme fand.⁸⁵ Das Universitätsgesetz von 1937 schliesslich behielt die Theologische Fakultät als eine der nun fünf Fakultäten bei, womit ihr zeitweise prekärer Status erneut gesichert war. Nach Lehrstühlen gemessen wuchs sie in der Nachkriegszeit sogar wieder, analog zur Gesamtuniversität.⁸⁶

Mit diesen beiden Ereignissen – der Festschreibung des freiwilligen Schulgebets und der Sicherung der Theologischen Fakultät – legte sich die Aufregung

vorerst. Der Balanceakt schien geschafft. Sicher spielte die weltpolitische Lage eine Rolle, denn eine allzu explizite Abkehr von Kirche und Religion konnte wahlweise als «kommunistisch» oder «nationalsozialistisch» diffamiert werden. Beiden Lagern wollte man sich in der Mehrheit nicht zurechnen. Erst als im Rahmen der Vorbereitung auf eine Wiedervereinigung der zwei Basler Halbkantone in den 1960er-Jahren überraschenderweise von christlichen Grundsätzen in einem gemeinsamen Schulgesetz die Rede war, kochte das Thema noch einmal hoch. Neben der erneuten Opposition von atheistischer und freidenkerischer Seite sprachen sich nun auch Exponenten wie der Rektor des Mädchengymnasiums dagegen aus. Er argumentierte, der «Respekt» vor dem Evangelium gebiete es, zu anerkennen, dass die Religion dem Schulgesetz sachfremd sei.⁸⁷ Mit der gescheiterten Wiedervereinigung war ein gemeinsames Gesetz ohnehin Makulatur, sodass alles beim Alten blieb. Von der 1934 erstrittenen Erlaubnis, im Schulzimmer bei passender Gelegenheit ein Gebet zu sprechen, wurde im Verlauf der Jahrzehnte zwar vermutlich immer seltener Gebrauch gemacht. Bis 2008 allerdings sollte die Klausel formell in Kraft bleiben.⁸⁸

Auch in einem zunehmend von religiösen Ritualen befreiten Schulalltag waren Schwierigkeiten der Gewährung der Religions- und Glaubensfreiheit nicht ausgemerzt. Wenn bestimmte Gruppen ihre Überzeugungen durch Vorgaben der Staatsschule gefährdet sahen, mussten Lösungen ausgehandelt werden. So etwa störten sich katholische Eltern aus Sittlichkeitsgründen bis in die zweite Hälfte des 20. Jahrhunderts am Schwimmunterricht ihrer Kinder in gemischtgeschlechtlichen Kursen. Mittels Gesuchs konnten sie einen Dispens erwirken.⁸⁹ Freigestellt werden konnten Kinder auch vom Schulbesuch an religiösen Feiertagen. Seit Jahrhundertbeginn übermittelte die Israelitische Gemeinde zu diesem Zweck die jüdischen Feiertage an die Erziehungsbehörden. Weniger Einigkeit bestand hingegen mit Blick auf den regulären Schulunterricht am Samstag. Die 1930 beschlossene Regelung, wonach jüdische Kinder auf ein Gesuch hin davon freigestellt werden konnten, wurde 1947 wegen «Störungen des Schulbetriebs» wieder aufgehoben.⁹⁰ Mit Nachdruck forderten bald auch Angehörige der Basler Adventistengemeinde einen samstäglichen Dispens. Sie waren eine der kleinen, aber überzeugten evangelikalen Glaubensgruppen ausserhalb der Evangelisch-reformierten Kirche. Auch ihnen galt der Sabbat als heiliger Tag. 1954 wurde für die Basler Schulen eine neue Regelung beschlossen: Sowohl jüdische wie auch adventistische Kinder konnten auf Gesuch hin dem Samstagsunterricht fernbleiben. Die Eltern wurden allerdings in die Pflicht genommen, den verpassten Schulstoff mit ihren Kindern nachzuarbeiten.⁹¹

Privatschulen zur Vermittlung religiöser Weltansichten und kultureller Werte

Neben den Staatsschulen gab es in Basel auch religiöse Privatschulen. Sie entsprachen einem Bedürfnis nach der Vermittlung religiöser Inhalte – gerade in Zeiten einer zunehmenden Säkularisierung und konfessionellen Durchmischung. Die 1884 im Rahmen des Kulturkampfes durch einen Grossratsbeschluss erzwungene Schliessung der katholischen Schule stellte für das katholische Milieu ein lange nachhallendes Ereignis dar.⁹² 1933 wurde im Zuge eines neu erstarkten Katholizismus eine Nachfolgeinstitution eröffnet, die katholische Mädchenschule St. Theresien. Sie hatte bis 1970 Bestand.⁹³ Den Jesuiten war es aufgrund eines konfessionellen Ausnahmeartikels in der Bundesverfassung bis 1973 verboten, eigene Schulen zu betreiben; sie waren in Basel aber in der katholischen Jugendarbeit aktiv.⁹⁴ Eine evangelische Schule

existierte seit 1889. Sie war als Reaktion auf die Schliessung der katholischen Schule ins Leben gerufen worden, durch Kreise, die die säkulare Ausrichtung und den konfessionellen Pluralismus der Staatsschule ablehnten. 1985 sollte sich die «Freie evangelische Schule», inzwischen weitgehend entkonfessionalisiert, in «Freies Gymnasium» umbenennen.⁹⁵ Für die jüdische Glaubensgemeinschaft war der Aufbau eigener Schulen nach 1945 darum ein Anliegen, weil in jüdischen Bildungseinrichtungen nach der Erfahrung des Holocaust Stätten der Bewahrung der jüdischen Kultur und Religion gesehen wurden. So entstand 1959 der «Jüdische Kindergarten Marcus Cohn» und zu Beginn der 1960er-Jahre eine jüdische Primarschule, später nach dem Rabbiner Leo Adler benannt.⁹⁶

131 «Wie ich den Himmel vorstelle».
Zeichnung von Rosa Schultheiss, 1918. — Religiöse Sujets waren auf Kinderzeichnungen oft anzutreffen. Junge Künstler und Künstlerinnen waren mit biblischen Geschichten und Motiven offensichtlich vertraut. So auch die zwölfjährige Baslerin Rosa Schultheiss, die den Himmel auf ihrem Bild mit zahlreichen Engeln ausstattete (vgl. Buri; Lehninger 2022).



Die Kunst des Übergangs: Religiöse und andere Motive auf dem Friedhof

Religiöse Rituale begleiten biografische Übergänge wie Geburt, Taufe oder Eheschließung. Unter ihnen stellt der Tod ein besonders sensibles Ereignis dar. Als in Basel 1903 nach langem Ringen ein jüdischer Friedhof eröffnet wurde, frohlockte ein Berichterstatter darum: «Ein lang gehegter Wunsch aller Israeliten in Basel» sei in Erfüllung gegangen.⁹⁷ Die Basler Juden und Jüdinnen könnten ihre Verstorbenen nun so bestatten, «dass unsere religiöse Überzeugung nicht verletzt und nicht verlästert wird».⁹⁸ Zuvor hatten sie den jüdischen Friedhof in Hegenheim genutzt, denn die Regeln des Judentums schreiben neben Erdbestattungen ein Aufhebungsverbot der Gräber vor, was auf den staatlichen Friedhöfen nicht garantiert war.⁹⁹

Auch auf dem «Hörnli», dem Basler Zentralfriedhof in Riehen seit 1932, fanden gottesdienstähnliche Abdankungsfeiern statt.¹⁰⁰ Eine rationale Stadtplanung und Hygieneüberlegungen hatten die Gräber der unmittelbaren Nähe zu den Kirchen entrückt: Die Toten, die man früher um Klöster und Kirchen, dann auf den ihrerseits bald zu klein gewordenen Gottesäckern bestattet hatte, wurden nun nach ausserhalb der Stadt verschoben. Auch die Einrichtung des Krematoriums wurde medizinisch-hygienisch mit einer Reduktion von Krankheitsübertragungen begründet.¹⁰¹ Transzendente und rituelle Fragen überstiegen jedoch die Domäne der zweckmässigen Planung, von Medizin und Hygiene. Sie berührten den Kompetenzbereich des Glaubens und der Religion. Diese waren es, die den Hinterbliebenen im Trauerfall tradierte Abläufe und Deutungen des Geschehens anboten.

Als die künstlerische Ausgestaltung des «Hörnli» anstand, lagen religiöse Motive darum einerseits nahe. Andererseits war schon bald strittig, ob und in welcher Form solche dort noch sichtbar sein sollten. Denn als staatlicher Betrieb war der Zentralfriedhof nach 1910/11 zur Unabhängigkeit von der Kirche verpflichtet. Zudem nutzten Verschieden gläubige, religiös Indifferente und explizit Nicht-Gläubige den Ort Seite an Seite. Über Jahrzehnte schrieb der staatliche Kunst-kredit – das 1919 gegründete Förderinstrument der lokalen Kunstszenen – Auftragswerke für den Zentralfriedhof aus. Malereien, Mosaik, Plastiken, Brunnen, Glasbilder und Installationen wurden platziert.¹⁰² Zu den ohnehin oft hitzigen Debatten über die öffentlich finanzierte Kunst kam im Fall der Friedhofskunst die religiöse Komponente als spezifischer Streitpunkt hinzu. Die Meinungen darüber gingen auseinander. Schon das erste für einen Innenraum konzipierte Werk, das 1936 installierte Mosaik von Hans Haefliger mit dem Titel «Mutter mit totem Kind», liess verschiedene Standpunkte aufscheinen. Obschon es mit einer Schmerzensmutter ein klassisches Sujet christlicher Friedhofskunst zeigte, machte die offizielle Begründung für seine Prämierung geltend, dass das Werk auf das «allgemein Menschliche» verweise, losgelöst von jeder «konfessionellen Bindung».¹⁰³ Der Evangelisch-reformierten Kirche stiess diese Argumentation sauer auf. Sie richtete ein Schreiben an die Kunstkommission, in welchem sie betonte, «dass ca. 95 % aller Abdankungen christlich kirchliche seien» und sie es darum ablehne, «dass von der Betonung christlicher Überzeugungen abgesehen werde».¹⁰⁴ Der Einwand blieb allerdings unbeantwortet.



132 Bénédic Remunds Brunnen
«La Vie et la Mort» von 1956 auf
dem «Hörnli».

Knappe zehn Jahre später wurde in einer Kapelle ein Wandbild von Ernst Baumann angebracht, das den reformierten Pfarrer Oscar Moppert irritierte.¹⁰⁵ Er prangerte eine Inhaltsleere an: Das Werk, das fünf Lebende und zwei Tote zeigte, vermöge den Trauernden nichts zu vermitteln, es würde ein «grosses Gefühl der Ratlosigkeit» zurücklassen. Besser gefiel ihm ein 1941 auf dem Friedhof installiertes Fresko des Jüngsten Gerichts, das durch «das Inhaltliche» Halt und Orientierung böte.¹⁰⁶ Unter den kirchlichen Vertretern und Vertreterinnen, so zeigten es diese Reaktionen exemplarisch, war die Besorgnis über eine Säkularisierung der Friedhofskunst gross.

Doch in den Ausschreibungen des Kunstcredits wurde die Freiheit der Künstler und Künstlerinnen hochgehalten. Keine Vorgaben bestünden, hiess es, ausser derjenigen, dass ein vorgeschlagenes Werk «würdig eines Ortes erscheinen sollte, an dem sich Leben und Tod begegnen».¹⁰⁷

Die Aufgabe, passende Inhalte und Formen für den Friedhof zu finden, war damit in die Hände der Kunstschaffenden gelegt. Bis in die zweite Hälfte des 20. Jahrhunderts wurden zwar regelmässig Werke mit unverkennbar religiös-christlichen Symbolen und Motiven prämiert, so noch 1966 ein vielgelobter Evangelisten-Kalkbrunnen von Peter Moilliet.¹⁰⁸ Ihr Anteil war jedoch rückläufig. Eine Abwendung von gegenständlichen Darstellungen, wie sie sich langfristig vollziehen sollte, markierte der im Urnenhof aufgestellte Brunnen von Bénédic Remund aus dem Jahre 1956.¹⁰⁹ Auf sechs Seitenwänden zeigte er, nur in Strichen angedeutet, einen Vogel, eine Blume und einen Menschen, ausserdem eine Art rettende Hand. Wer wollte, konnte das Werk mit dem Titel «La Vie et la Mort» als Darstellung einer Auferstehungsszene verstehen. Die Abstraktion liess aber auch andere Lesarten zu.¹¹⁰ Céline Angehrn

Grosse Bühne für die Expertise: Auf dem Weg zu einer Wissensgesellschaft

Mitte der 1960er-Jahre forderte ein eidgenössischer Expertenbericht einen unverzüglichen Ausbau des schweizerischen Hochschulwesens in Milliardenhöhe. Die Schweizer Universitäten dürften den Anschluss nicht verpassen bei der «grossen Menschheitsaufgabe des Forschens nach Wahrheit», so wurde hier angemahnt.¹¹¹ Der später so genannte Labhardt-Bericht brachte den hohen Stellenwert von Wissenschaft und Forschung, der in der Technik- und Fortschrittsgläubigkeit der Hochkonjunktur kulminierte, auf den Punkt. Er gab zudem den Startschuss für eine nationale Hochschulförderung, von der unter anderem die Basler Universität ab 1966 profitierten sollte.

Wissenschaft und Forschung gediehen in Basel an vielen Orten. Die chemisch-pharmazeutische Industrie war forschungsbasiert, und in Vereinen wie der Naturforschenden Gesellschaft versammelten sich Privatgelehrte. Hinzu kamen die Universität und die Museen als etablierte Wissensinstitutionen der Stadt, die nach dem Zweiten Weltkrieg einen Ausbau und eine Öffnung erfuhren. An der Universität vervielfachten sich Fächer und Lehrstühle, und zahlreiche neue Museen wurden gegründet. Neue Vermittlungsformate brachten die Wissenschaft unter die Leute, so an der Universität, wo der Ruf nach partizipativen Übungen anstelle von Vorlesungen laut wurde, und in den Museen, wo erste Ausstellungen für ein breites Publikum eröffneten. Wissenschaftlich abgestützte Expertise war in einer zunehmend säkularisierten Welt aber nicht allein in den Bildungseinrichtungen präsent. Sie konnte auch in die persönliche Lebensführung wirken, wie die Baslerinnen und Basler dann erfuhren, wenn sie die Dienste des wachsenden Beratungswesens in Anspruch nahmen.

Sachlich, aber nicht immer wertneutral: Experten und Expertinnen am Werk

Otto Stockers Bürotür am Basler Münsterplatz ging auf und zu. Die Dienste des ersten staatlichen Basler Berufsberaters wurden so rege in Anspruch genommen, dass sich seine mehrheitlich männlichen Klienten die Klinke in die Hand gaben: Hunderte Schüler sprachen seit 1916 jährlich bei ihm vor.¹¹² Nicht anders erging es seiner Kollegin Anna Meyer, zuständig für die Beratung der Basler Schülerinnen. Auch sie empfing junge Frauen in grosser Zahl.

133 «Ausländerberatungsstelle», 1960er-Jahre. — Die 1962 eröffnete «Ausländerberatungsstelle» der GGG war eine der ersten ihrer Art schweizweit. In den 1960er-Jahren wurden vor allem Italiener und Italienerinnen in Rechtsfragen und bei der Wohnungssuche beraten.



Dass in Basel in den ersten Jahrzehnten des 20. Jahrhunderts eine staatliche Berufsberatung geschaffen wurde, war ein Zeichen eines neuen und säkularen Orientierungsbedarfs. Wer Rat suchte, wandte sich nicht mehr ausschliesslich an Generalisten wie Pfarrer, Ärzte oder auch die Eltern, sondern zunehmend an Spezialistinnen und Spezialisten. Diese boten zu allen möglichen Themen der Lebensführung: zu Gesundheitspflege, Erziehung, Konsumententscheidungen, Rechts- oder Finanzfragen.¹¹³ Das kommunikative Setting war überall dasselbe: Fachleute gaben in Sprechstunden Informationen weiter und legten Entscheidungen nahe. Behörden, Vereine und Freiberufliche unterhielten das so wachsende Beratungsgeschäft gemeinsam.¹¹⁴ Die erteilten Ratschläge basierten auf sachlichen, nicht selten wissenschaftlich abgestützten Informationen. So auch im Fall von Otto Stocker und seinen Berufskollegen und -kolleginnen, die einen Überblick über die komplex gewordene Berufswelt versprachen. Dank eigener Erhebungen konnten sie quantitativ über Nachfrage und Angebot in verschiedenen Arbeitsbereichen Auskunft geben, zudem kannten sie die entsprechende Fachliteratur. Derlei fundierte Kenntnisse legitimierten die Autorität von Experten und Expertinnen.¹¹⁵

Nicht nur bei persönlichen Anliegen wie der Berufswahl wurde auf das Fachwissen von Expertinnen und Experten zurückgegriffen. Auch für die Verwaltung der städtischen Gesellschaft gewann es an Bedeutung. Die Geschichtswissenschaft hat dies später als eine «Verwissenschaftlichung des Sozialen» bezeichnet: Gesellschaftliche Themen wurden im 20. Jahrhundert zunehmend wissenschaftlich



134 Gasberatungsstelle des Gas- und Wasserwerks. Foto: Robert Spreng, frühe 1930er-Jahre. — Das Gas- und Wasserwerk stellte eigene Beraterinnen an, um über Gasanwendungen in Haushalt und Gewerbe zu informieren.

Die Vorführungen im Schulungsraum waren einerseits wie ein Kochkurs gestaltet, der Instruktionen zur zeitgemässen Haushaltsführung vermittelte, andererseits sollten sie der Förderung des Gasabsatzes dienen.

betrachtet und bearbeitet.¹¹⁶ Prägnanter Ausdruck davon ist die Einrichtung eines Statistischen Amtes in Basel im Jahr 1902. Geschaffen worden war das Amt ursprünglich mit Blick auf sozialpolitische Brennpunkte, zu welchen statistische Daten gewünscht waren. Nicht zufällig hiess es über den ersten Vorsteher des Amtes und späteren parteilosen Regierungsrat Fritz Mangold, er habe die «trockenen Zahlen der Verbesserung der Lage des arbeitenden Volkes dienstbar gemacht».¹¹⁷ Bald wurden die Basler Statistiken zu unverzichtbaren Entscheidungsgrundlagen für Politik, Gesetzgebung und Verwaltung. Das ab 1921/23 herausgegebene Statistische Jahrbuch fungierte als Masterdokument aller «zahlenmässig erfassbaren Erscheinungen des Kantonsgebietes».¹¹⁸ Vertiefungsstudien zu aktuellen Themen ergänzten es. In den 1960er-Jahren führte das Statistische Amt so etwa zum Verkehrsverhalten aufwendige Erhebungen durch. Denn für grosse Planungsprojekte waren Analysen aus professioneller Hand längst zur Bedingung geworden.

135 Zeitungsinserat in der «National-Zeitung», 1955. — Seit 1933 führte das Gesundheitsamt eine Ehe- und Sexualberatungsstelle. Neben individuellen Sprechstunden wurden «Ehekurse» für Verlobte und Neuverheiratete angeboten. Sie wurden in den Bereichen Medizin, Hygiene, Psychologie und Recht geschult.



Das Gesundheitsamt Basel-Stadt organisiert vom 15. November bis 2. Dezember 1955 jeweils am Dienstag und Freitag wieder einen unentgeltlichen

Ehekurs für Brautleute und jüngere Ehepaare

5 Vorträge und 1 Diskussionsabend über die psychologische und gesetzliche Grundlage des Ehelebens, Ursachen der ehelichen Konflikte, die Sexualität und die Hygiene des Ehelebens.

Kursleitung
Dr. L. Duc, Leiter der Eheberatungsstelle
des Gesundheitsamtes Basel-Stadt,
unter Mitarbeit
von Dr. B. Riggenbach, Zivilgerichtspräsident.

Anmeldungen
persönlich oder schriftlich (nicht telephonisch), unter Angabe der Personalien und der Adresse beider Partner, sind bis 5. November 1955 an die Eheberatungsstelle, St. Albanvorstadt 12, Basel, zu richten.

Programm und Ort
werden den Interessenten direkt mitgeteilt.

Gesundheitsamt Basel-Stadt.

P120390

Mit ihrem Fokus auf überprüfbare Kriterien und rationale Argumente hatte sich die moderne Expertise weitgehend von religiösen Glaubenssätzen gelöst. Garantiert war damit aber nicht unbedingt die Unabhängigkeit von normativen Annahmen oder von politischen Hintergründen, wie sich wiederum exemplarisch an den Beratungsstellen zeigte: Berufsberater und Berufsberaterinnen konnten Ratsuchende zum Beispiel auf bestimmte Stellen lenken. Noch deutlicher war der politische Auftrag im Fall der 1933 eröffneten kantonalen Ehe- und Sexualberatungsstelle, später Eheberatungsstelle genannt.¹¹⁹ Auch sie erfreute sich grosser Beliebtheit und verzeichnete viele hundert individuelle Konsultationen pro Jahr.¹²⁰ Ihrer Gründung hatten eugenische Motive zugrunde gelegen. Vorgesehen war, dass sie nicht nur über Verhütungsfragen aufklären, sondern Eheanwärterinnen und Eheanwärter auch in der zeitgenössischen Vererbungslehre schulen sollte. Diese ging von einer Weitergabe von «Defekten» wie psychischen Krankheiten oder «Trunksucht» aus. Entsprechend sollte an das Verantwortungsbewusstsein der Ratsuchenden appelliert werden, eine Ehe nur mit gesunden Partnerinnen und Partnern einzugehen oder bei Vorbelastung auf die Zeugung von Kindern zu verzichten. Solches eugenische Gedankengut wirkte sich in Basel – von den leitenden Ärzten der Basler Psychiatrie ausgehend – in vielen Bereichen aus. Neben dem im



136 Anleitung zur Teilnahme an der Basler Verkehrserhebung, 1965. — Das Schweizer Fernsehen zeigte, wie die Umfragekarte der Basler Verkehrserhebung auszufüllen war: Jeder zurückgelegte Weg musste einzeln aufgeführt und das benutzte Verkehrsmittel angekreuzt werden. Die Datenerhebung diente der Verkehrsplanung.

Schweizerischen Zivilgesetzbuch verankerten Eheverbot für «Geistesranke» und den Appellen in der Eheberatung kam es bei Sterilisationen und Abtreibungen, bei Einbürgerungen, Ausschaffungen und Heimschaffungen zum Tragen.¹²¹

Zwar wurde die Eheberatungsstelle schlussendlich häufiger für psychologische Fragen in Anspruch genommen, als dass eugenische Abklärungen im Sinne des ursprünglichen Programms stattgefunden hätten. Das Gelingen einer Ehe war selbst zu einem Fall für Experten und Expertinnen geworden. Die ursprüngliche Zielsetzung der Eheberatungsstelle veranschaulicht jedoch deutlich, dass Beratungsangebote steuernd eingreifen konnten, obwohl sie das Paradigma der freien Wahl hochhielten. Auch wissenschaftliche Grundlagen, auf die sich die modernen Experten und Expertinnen gerne beriefen, waren mitunter durch politische oder moralische Vorgaben gefärbt.

Neue Häuser, mehr Publikum: Basel wird zur «Stadt der Museen»

Am 11. August 1945 erschien in der «National-Zeitung» ein Leserbrief unter dem Titel «Die Museen im Dienste des Volkes». Der anonyme Schreiber oder die anonyme Schreiberin kritisierte die beschränkten Öffnungszeiten der Basler Museen: Nur am Sonntagvormittag zwischen 10:30 und 12 Uhr und am Mittwochnachmittag von 14 bis 16 Uhr stünden ihre Türen offen. Weiter wurde das Fehlen von Beschriftungen und Orientierungsplänen in den Ausstellungen bemängelt. Weil Museen aber der «Bildung des Volkes dienen», seien erläuternde Texte und didaktisch aufbereitete Ausstellungen nötig. Als positive Vorbilder führte der Leserbrief die mineralogische Sammlung im Naturhistorischen Museum auf, «wo alle Gegenstände übersichtlich geordnet und beschriftet sind», sowie das Gewerbemuseum, bekannt für seine Ausstellungen zu aktuellen sozialen Themen. Diese öffentlich gemachte Kritik blieb nicht folgenlos: Als Reaktion forderte der Regierungsrat die Vorsteher der Museen auf, die monierten Mängel zu beheben.¹²² Der Leserbrief und die Forderung der Regierung markieren einen Wendepunkt in der Geschichte der Basler Museen. Anfang des 20. Jahrhunderts galten Museen als akademisch-wissenschaftliche Räume, in denen fachkundige Experten Gegenstände zum Zwecke der Lehre und Forschung sammeln, ordnen und erforschen. Im Weiteren sollten sie den Bildungsstand und Kunstsinn der Stadt repräsentieren, den Idealen der vermögenden Basler Oberschicht entsprechend. Publikumsorientierte Sonderausstellungen waren eine Ausnahmeerscheinung.¹²³ Nur

die Kunsthalle, das Gewerbemuseum sowie das um 1860 von der Basler Missionsgesellschaft eingerichtete Missionsmuseum erregten mit wechselnden Ausstellungsangeboten breite und überregionale Aufmerksamkeit.¹²⁴ All das änderte sich nach dem Zweiten Weltkrieg: Nun wurden aus Museen Bildungsinstitutionen, die für eine publikumsnahe Vermittlung und Erklärung von Sachverhalten zuständig waren. Einen Grundsatzentscheid für die Entwicklung der Basler Museumslandschaft hatte der Grosse Rat allerdings bereits im Jahr 1913 getroffen. Er bewilligte den Bau eines Kunstmuseums auf der Schützenmatte und die Erweiterung des Museums an der Augustinergasse für ein Völkerkundemuseum.¹²⁵ Anlass gaben Platznot und Sicherheitsmängel an der Augustinergasse, wo sich das Naturhistorische Museum, die Öffentliche Kunstsammlung und die Ethnologische Sammlung den wegen stetiger Neuzugänge immer knapper werdenden Platz teilen mussten.¹²⁶ Allein die Schenkungen von Fritz Sarasin und Paul Sarasin hatten den Objektbestand zwischen 1896 und 1912 um das Zehnfache anwachsen lassen.¹²⁷ Dass viele der Sammlungsobjekte im Zuge gewalthafter kolonialer Expansionen nach Basel gelangten, war kein Thema; ethische Sammlungsrichtlinien gab es nicht.¹²⁸ Während 1917 das neue Völkerkundemuseum eröffnet werden konnte, scheiterte das Projekt für das Kunstmuseum vorerst an Uneinigkeiten in den diversen Kommissionen und Expertengremien. Man war sich über vieles uneins: Lage, Form und Inhalte des Neubaus.¹²⁹ Eine andere

Eröffnung oder Bezeichnung einer Sammlung als Museum, 1821–1966

1821	Naturwissenschaftliches Museum (ab 1849 Naturhistorisches Museum)
1824	Anatomisches Museum
1849	Museum an der Augustinergasse
1860	Missionsmuseum
1874	Gewerbemuseum
1896	Historisches Museum Basel
1917	Museum für Völkerkunde
1923	Wohnmuseum (ab 1951 Haus zum Kirschgarten)
1936	Kunstmuseum
1938	Stadt- und Münstermuseum
1944	Schweizerisches Museum für Volkskunde (vorher Sammlung für Volkskunde)
1944	Schweizerisches Turn- und Sportmuseum
1954	Pharmazie-Historisches Museum (vorher Sammlung für historisches Apothekenwesen)
1954	Unser Weg zum Meer (Dauerausstellung, auch als Hafenumuseum bezeichnet)
1957	Schweizerisches Feuerwehrmuseum
1966	Antikemuseum
1966	Jüdisches Museum

Museumsgründung dagegen gestaltete sich unkompliziert: Marie Burckhardt vermachte der Stadt den ehemaligen Familiensitz am Blumenrain, den «Segerhof», samt Inventar. Bis zu ihrem Abbruch im Jahr 1935 war die Liegenschaft als «Wohnmuseum» eine Zweigstelle des Historischen Museums; 1951 fand sich dafür im «Haus zum Kirschgarten» eine neue Örtlichkeit. In den 1930er-Jahren waren die Basler Museen mehrfach Gegenstand von sozial- und kulturpolitischen Debatten. Besonders umstritten war die Frage, welche Werke in dem 1936 schliesslich doch eröffneten Kunstmuseum am St. Alban-Graben gezeigt werden sollten. Mit Georg Schmidt, der als Assistent am Gewerbemuseum zahlreiche Ausstellungen mitgestaltet hatte, übernahm ein ausgewiesener Museumsfachmann und bekennender Sozialist die Leitung des neuen Vorzeigemuseums. Entgegen der bestehenden Sammlungstradition legte Schmidt den Schwerpunkt auf zeitgenössische Kunst. Mit dem von ihm im Jahr 1939 veranlassten Ankauf von zwanzig Werken, die im nationalsozialistischen Deutschland als «entartete Kunst» diffamiert wurden, bezog er klar Position – kuratorisch ebenso wie politisch, denn auch in der Schweiz wurde diese Kunst längst nicht von allen geschätzt.¹³⁰ Zur Ausstellung kam es jedoch vorerst nicht, da mit Ausbruch des Kriegs die wertvollsten Bestände des Kunstmuseums zusammen mit solchen der Universitätsbibliothek und des Staatsarchivs vorsorglich «an sichere Orte in der Innerschweiz» evakuiert wurden.¹³¹ In den folgenden Kriegsjahren gelangte eine nicht

gramme waren damit in der Basler Museums-
welt angekommen.

In Zeiten der Hochkonjunktur in den 1950er-
und 1960er-Jahren etablierte sich Basel als
wichtiger Umschlagplatz für den internatio-
nalen Handel mit Kunst und Kulturgütern.
Zu dieser Zeit zirkulierten auf dem Kunstmarkt
viele Objekte, die in Folge von Raub, Verfol-
gung und Plünderung sowie durch ungeregelte
oder illegale archäologische Grabungen in
Umlauf gelangt waren. Der Handel mit diesen
Gegenständen war in der Schweiz rechtlich
nicht reguliert, und es gab kaum Stimmen,
welche diese Praxis in Frage stellten. Unter
Basler Privatsammlern und -sammlerinnen
bestand ein besonderes Interesse an der
materiellen Kultur der Antike. 1961 initiierten sie
die Gründung eines neuen Antikenmuseums,
das 1966 zusammen mit der Skulpturenhalle als
fünftes Museum in den Kreis der staatlichen
Museen aufgenommen wurde. Im selben Jahr –
ebenfalls auf private Initiative, doch ohne
Unterstützung des Staates – wurde das Jüdi-
sche Museum der Schweiz als erstes Museum
für die Vermittlung der Jüdischen Kultur im
deutschsprachigen Raum eröffnet.¹³⁴

Bis 1966 hatte sich die Basler Museumsland-
schaft thematisch und betrieblich deutlich
ausdifferenziert. Im Kontext eines international
geführten Museumsfachdiskurses hatte die

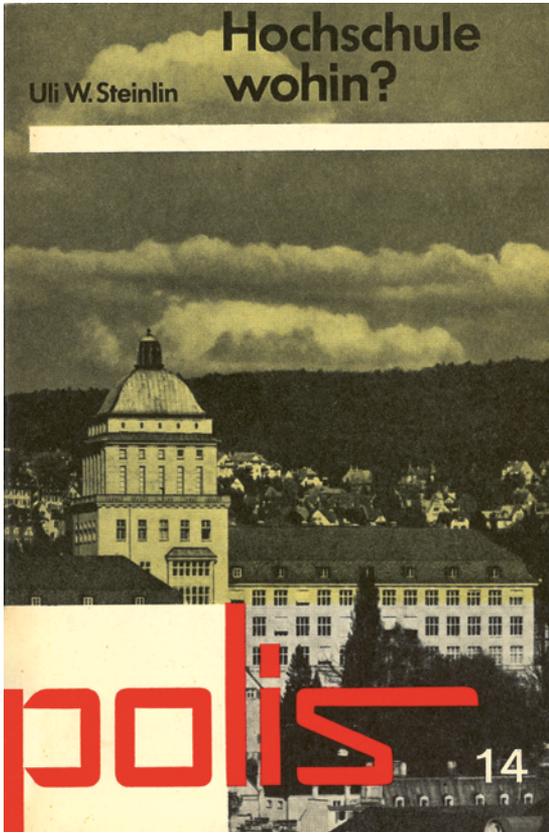
Institution Museum zudem neue Bedeutungen
erhalten. In der «Stadt der Museen», wie Basel
ab den 1960er-Jahren genannt wurde, galten
Museen nicht mehr als abgeschlossene
wissenschaftliche Forschungsanstalten oder
als exklusive Repräsentationsräume des
Bildungsbürgertums. Sie waren zu gemeinnüt-
zigen Bildungsinstitutionen geworden, mit
dem Ziel, das in ihnen enthaltene und ge-
schaffene Wissen an das Publikum zu vermit-
teln.¹³⁵ Dies führte zu einer zunehmenden
Einbindung in die städtische Verwaltung und
zur Professionalisierung der Museumsarbeit.
Damit verbunden war auch eine Erweiterung
des Aufgabenfelds. So bedurften die über
die Jahrhunderte gewachsenen Sammlungen
nicht nur der stetigen Pflege und Erforschung.
Mit dem UNESCO-Übereinkommen über Mass-
nahmen zu Verbot und Verhütung der rechts-
widrigen Einfuhr, Ausfuhr und Übereignung von
Kulturgut von 1970 erhielt die kritische
Auseinandersetzung mit Sammlungsgegen-
ständen einen internationalen Rahmen.
Auch wenn die Schweiz das Übereinkommen
erst 2003 ratifizieren sollte, stand doch
spätestens jetzt die Frage im Raum, unter
welchen Umständen Sammlungsgut in
die Basler Museen gelangt war und welches
Wissen damit geschaffen und vermittelt
werden sollte.¹³⁶ **Flavio Häner**

Die Universität um 1960: Gefestigt, gefeiert und geöffnet

1960 war für die Wissenschaft in Basel ein grosses Jahr: Die Universität feierte pompös ihren 500. Geburtstag. Hatten bis anhin nur wenige die höchste Basler Bildungsanstalt jemals von innen gesehen, so fiel das Jubiläum just in die Zeit eines schweizweiten Bildungsausbaus. Von diesem zeugten die Schaffung des Schweizerischen Nationalfonds im Jahr 1952, ein ausgebautenes Stipendienwesen und eine verstärkte finanzielle Bundesbeteiligung an den kantonalen Universitäten.¹³⁷ Nicht zuletzt die Wettbewerbslogik des Kalten Kriegs verlieh der Bildungsexpansion Auftrieb. In Basel verdoppelten sich die Studierendenzahlen zwischen 1960 und 1970 auf über 4000 und stiegen von dort weiter in die Höhe. Dieser Zuwachs, hauptsächlich von der Philosophisch-Historischen, der Philosophisch-Naturwissenschaftlichen und der Medizinischen Fakultät getragen, entsprach der Entwicklung anderer Deutschschweizer Universitäten. Sie blieb allerdings hinter dem

138 500-Jahr-Jubiläum der Universität, 1960. — Das 500-Jahr-Jubiläum der Universität war Anlass für ein «Volksfest» mit Beizen rund um den Petersplatz und einer Gartenwirtschaft im Hof des Kollegienhauses. Die Institution stand an einem Wendepunkt: Sie öffnete sich für breitere Bevölkerungskreise.





139 Titelbild von Uli W. Steinlins *«Hochschule wohin?»*, 1962. — «Gelinde gesagt», fand im Jahr 1962 der Astronom und spätere Basler Professor Uli W. Steinlin, sei die Situation der Schweizer Universitäten «unbefriedigend». Inspiriert von Forschungsaufenthalten im Ausland, forderte er eine grundsätzliche Reform des Schweizer Hochschulwesens, etwa flachere Hierarchien. Wie es für die Nonkonformisten und Nonkonformistinnen der 1950er- und frühen 1960er-Jahre typisch war, formulierte Steinlin seine Einwände in einer eloquenten Streitschrift. Mit seiner Strukturkritik gilt er überdies als Vordenker der 1968er-Bewegung.

noch schnelleren Ausbau der Universitäten in der Romandie zurück.¹³⁸ Der Frauenanteil unter den Studierenden stieg von rund fünfzehn Prozent in den 1930er-Jahren auf gute zwanzig Prozent bis 1970.¹³⁹ Unter dem Vorzeichen dieser Wachstumsdynamik stand das Jubiläum am Anfang einer neuen Phase der Basler Universitätsgeschichte.¹⁴⁰

Für die Festlaune gab es um 1960 gute Gründe. Finanziell auf festen Füßen stehend, hatte die Universität in den vorangegangenen Jahrzehnten einen Konsolidierungsprozess durchlaufen. Zum einen in organisatorischer Hinsicht: Mit dem Universitätsgesetz von 1937 war die Fünf-Fakultäten-Universität beschlossen, wie sie bis zum Ende des Jahrhunderts Bestand haben sollte. Die Debatte über eine Abschaffung der Theologischen Fakultät war vom Tisch, und die endgültige Trennung der Philosophisch-Historischen von der Philosophisch-Naturwissenschaftlichen Fakultät vollzogen, was eine Aufwertung der naturwissenschaftlichen Fächer bedeutete. Zudem regelte das Gesetz das Verhältnis zwischen Staat und

Universität neu und etablierte die universitäre Forschungsfreiheit als Prinzip. Zu dieser organisatorischen Festigung kam mit dem Bau des Kollegienhauses 1939 ein neuer Hauptsitz der Universität am Petersplatz.¹⁴¹

Wie das grosse Fest von 1960 ausserdem bewies, war die Universität in ein tragfähiges Beziehungsnetz eingebunden. Hunderte Gäste aus dem In- und Ausland waren anwesend, die überreichten Geschenke füllten eine Ausstellung im Gewerbemuseum.¹⁴² Auch hatte die Universität eine «Fünfhundertjahrspende» zur «Erfüllung zusätzlicher wissenschaftlicher Aufgaben» empfangen, darunter sechs Millionen Franken von den vier grossen Basler Chemie- und Pharmafirmen Ciba, Geigy, Roche und Sandoz.¹⁴³ Zwischen der prosperierenden Basler Leitindustrie und der Universität bestand ein guter Draht. Mannigfaltige Kooperationen, finanzielle Unterstützungsbeiträge und Mitarbeitende, die für beide Seiten tätig waren, verbanden sie miteinander. Unter ihnen war der 1938 nach Basel berufene und 1950 mit dem Nobelpreis ausgezeichnete Chemiker Tadeus Reichstein nur der berühmteste.¹⁴⁴ Dem allgemeinen Vernehmen nach war dieses Zusammenwirken in jeder Hinsicht gewinnbringend.¹⁴⁵

Auch einer breiteren Öffentlichkeit bekannt waren einzelne Persönlichkeiten wie Karl Barth, Edgar Bonjour, Karl Jaspers, Adolf Portmann oder Edgar Salin.¹⁴⁶ Diese Basler Professoren äusserten sich zu Themen, die über den engeren Gegenstandsbereich ihres Fachgebiets hinausgingen und erfüllten damit die Erwartung von öffentlicher Präsenz und allgemeiner Orientierungshilfe. Von der Universität wurde solche immer wieder gefordert, in Zeiten von Krieg und Geistiger Landesverteidigung erst recht. Dass viele dieser Wissenschaftler in den 1960er-Jahren ihren Abschied von der Universität nahmen, bedeutete eine Zeitenwende. Mit dem Übergang zur «Massenuniversität» setzten zudem eine Infragestellung der traditionell starken universitären Hierarchien und Forderungen nach Struktur-reformen ein.

Der rege Zulauf zur Universität nach 1960 wurde durch die gute Wirtschaftslage befördert. Gestiegene Einkommen machten längere Ausbildungszeiten möglich, und der Arbeitsmarkt rief nach akademisch ausgebildetem Personal. Das Schlagwort des «Akademikermangels» war in aller Munde. Um auf diese Nachfrage zu reagieren, gingen die Fakultäten nach dem Vorbild anderer Hochschulen reihum dazu über, das Lizentiat als akademischen Grad einzuführen. Es war ebenso als Vordiplom zum bis dato in vielen Fächern den Studienabschluss markierenden Doktorat wie auch als eigenständiger Abschluss für ausseruniversitäre Karrieren gedacht. Den Anfang machte 1960 die Juristische Fakultät, wenn auch nicht ohne Nebengeräusche. Fachvertreter und Berufsvereini-

gungen äusserten die Befürchtung, die Einführung des Lizentiats werde Qualitätseinbussen nach sich ziehen.¹⁴⁷ Dennoch machte das Beispiel Schule. Es folgten 1962 das sozialwissenschaftliche Lizentiat, 1968/71 die restliche Philosophisch-Historische Fakultät und Mitte der 1970er-Jahre die Philosophisch-Naturwissenschaftliche sowie die Theologische Fakultät.¹⁴⁸ Die Universität vollzog damit nach, was sich im Bereich der Berufsbildung bereits im frühen 20. Jahrhundert abgezeichnet hatte. Auch die Berufslehren und -abschlüsse waren zunehmend reglementiert worden – in Basel seit 1920 durch kantonale Verordnungen, seit 1930 ausserdem durch das erste eidgenössische Berufsbildungsgesetz.¹⁴⁹ Formalisierte Bildungsnachweise waren gefragt, eine «Beilage von Zeugnisabschriften» bei vielen Bewerbungen erbeten.¹⁵⁰

Reflektiert wurde der Wert von Bildungsabschlüssen schliesslich an der Universität selbst. Die Wirtschaftswissenschaften begannen in der Hochkonjunktur, qualifiziertes Personal als einen Faktor ökonomischen Wachstums anzusehen. Der Wirtschaftsprofessor Gottfried Bombach stieg zu einem international gefragten Experten in Bildungsökonomie und Bildungsplanung auf; das von ihm mitbegründete Wirtschaftsforschungsunternehmen «Prognos» wurde auf dem Feld führend. Von Basel aus wurden so – zunächst für das benachbarte Westdeutschland – umfassende Hochrechnungen des zukünftigen Bedarfs an Universitätsabsolventinnen und -absolventen und dazugehöriger Bildungsinvestitionen durchgeführt.¹⁵¹ Auch die sich eben etablierende Soziologie widmete sich dem gesamtgesellschaftlichen Nutzen der Bildungsexpansion, sie verband damit aber eine Forderung nach mehr Chancengleichheit. Die in Basel verfasste Studie «Ungleichheit der Bildungschancen» von 1966 beklagte die unausgeschöpften «Begabungsreserven» unter «begabten Arbeiterkindern».¹⁵²

Als in den 1960er-Jahren im internationalen Diskurs der Begriff der «Wissensgesellschaft» aufkam, war er in Basel noch nicht im Gebrauch – die damit beschriebenen Erscheinungen aber waren Teil des Alltags. Zum einen war wissenschaftlich-technisches Wissen unter den Bedingungen der Säkularisierung und des hohen Ansehens und grossen Einflusses von Expertise zu einer wichtigen Instanz der Welterklärung und von Handlungsorientierung geworden. Zum anderen war der Bildungsausbau in vollem Gange und die in ihn gesetzten Hoffnungen gross. Die einen verbanden damit ein weiteres Vorankommen in gesellschaftlicher, technologischer und ökonomischer Hinsicht – gerade in einem Land wie der Schweiz, das über wenig natürliche Ressourcen verfügte. Andere glaubten an eine gerechtere Verteilung von Wissen als Kapital. Inmitten des konjunkturellen Höhenflugs wurde ein weiterer Aufwärtstrend jedenfalls gemeinhin angenommen.

Bücher im Umlauf: Das städtische Bibliotheksnetz der GGG

Der Zugang zu weiterführender Bildung war bis weit ins 20. Jahrhundert ausgesprochen ungleich. Die Basler Arbeiterbewegung zum Beispiel hatte verschiedene Anläufe zur Vertiefung der Arbeiterbildung unternommen, musste dieses Anliegen aber regelmässig anderen Problemen nachordnen.¹⁵³ Immerhin stand seit der Gründung eines stadtweiten Bibliotheksnetzes kurz nach 1900 eine von vielen genutzte Einrichtung zur Verfügung.¹⁵⁴ Sie war auch bei den in Bildungsfragen lange benachteiligten Frauen sehr beliebt. Bücher waren ein zentrales Medium zum Wissenserwerb und dienten dem Freizeitvergnügen; zudem waren die Bibliotheksbücher in erzieherischer Absicht zur Hebung des allgemeinen Bildungsniveaus und als Einladung zu einer «sinnvollen» Freizeitgestaltung gedacht. Unterhalten wurde das Bibliotheksnetz durch die «Gesellschaft für das Gute und

Gemeinnützig» (GGG). Die GGG hatte ihre eigenen Jugend-, Arbeiter- und Bürgerbibliotheken mit den sogenannten Volksbibliotheken zusammengeführt, wodurch Quartiersbibliotheken in der ganzen Stadt entstanden waren. Ergänzend eröffnete sie eine Hauptfiliale mit Lesesälen im Stadtzentrum, die «Freie Städtische Bibliothek» im «Schmiedenhof». Das Bibliothekswesen ging in Basel – anders als das Schul- und Universitätswesen und im Unterschied zu anderen Städten – nicht an den Staat über. Es blieb in der Hand der GGG. Zunächst kostenfrei, war ein Bibliotheksabonnement seit den 1920er-Jahren für einen Jahresbeitrag von zwei Franken zu haben. Der Andrang war von Beginn an gross: Die Ausleihen in den GGG-Bibliotheken gingen in die Hunderttausende und überstiegen diejenigen der Universitätsbibliothek jeweils deutlich.¹⁵⁵



140 Mit Vokabelheft im Gartenbad «Eglisee». Foto: Lothar Jeck, undatiert.

Anmerkungen

- 1 Zum Folgenden vgl. Stöcklin 1924; Stöcklin 1949; SWA, Soz. Inst. 260.
- 2 Zur Lebensreformbewegung in der zweiten Jahrhunderthälfte vgl. exemplarisch Locher 2021.
- 3 Zum Folgenden vgl. Zürcher 1997.
- 4 Brändle; Ritter 2010, S. 117 f. und 299.
- 5 Häfliger 1993.
- 6 Stöcklin 1949, S. 19.
- 7 Zu solchen Bädern in anderen Städten vgl. Rindlisbacher 2022, S. 98–103.
- 8 Zürcher 1997, S. 208 ff.
- 9 Brändle; Ritter 2010, S. 185 f.; Kopf 2014.
- 10 Spöring 2017.
- 11 Brändle; Ritter 2010, S. 249 f.; Nanni 2005, S. 117.
- 12 Stöcklin 1949, S. 45.
- 13 Ebd., S. 18 und 45.
- 14 Auderset; Moser 2016.
- 15 Rudolf Steiner Schule Basel 1976.
- 16 Walther 1937; StABS, STA DS BS 9 2252, Ratschlag und Entwurf zu einem Gesetz betreffend die staatliche Schulzahnklinik, 18.09.1919.
- 17 StABS, STA DS BS 9 2569, Ratschlag betreffend die Errichtung eines zahnärztlichen Instituts und einer Volkszahnklinik, 08.05.1924.
- 18 Jessen 1922.
- 19 Gredig 2000.
- 20 Schär 2008, S. 104.
- 21 StABS, STA DS BS 9 5362, Ratschlag betreffend Einführung der Trinkwasserfluoridierung zur Bekämpfung der Zahnkaries, 13.06.1957.
- 22 Fromherz 2018, S. 180.
- 23 Bircher 1960, S. 493.
- 24 Fromherz 2018.
- 25 Zum Folgenden vgl. Simon 2015, S. 367–283; Schär 2015; Kupper 2012; Reubi 2015; Burckhardt 1992.
- 26 Schär 2015.
- 27 Zum Basler Heimatschutz vgl. Feldges 2005.
- 28 Verordnung zum Einführungsgesetz zum Schweizerischen Zivilgesetzbuch (vom 9. Dezember 1911), Basel-Stadt, IV. Sachenrecht, 1. Heimatschutz, Paragraphen 39–47, S. 368–371.
- 29 Bachmann 1999, S. 182–192.
- 30 StABS, Land und Wald R.
- 31 StABS, PD-REG 1a 1950-1691.
- 32 StABS, PA 1137 B, Richtlinien für die Aufgaben einer Naturschutzkommission Basel-Stadt.
- 33 StABS, PA 1137 B.
- 34 Zur vergleichbaren Kompromissbereitschaft im Fall des Vogelschutzreservates Lange Erle vgl. Ritter; Salathé 2020.
- 35 Feldges 2005.
- 36 Vinken 2010.
- 37 Stadt- und Münstermuseum 1945.
- 38 Feldges 2005, S. 150 ff.
- 39 Burckhardt, Lucius: Heimat ist immer in der eigenen Zeit – 50 Jahre Basler Heimatschutz, in: NZ, 25.10.1955.
- 40 Gschwind 2022, S. 164–167.
- 41 Silberstein 2011.
- 42 Schumacher 2005, zu Basel: StABS, PA 929b N (1) 1.
- 43 Schumacher 2005, S. 77.
- 44 Die Trennung wird auch als «hinkende Trennung» bezeichnet, weil die Kirche weiterhin am öffentlichen Recht partizipierte, vgl. Jenny; Zwicker 1991; Hafner 1994; Henrici 1914.
- 45 Bréchet 2001; Wamister 2021, S. 32.
- 46 Gallusser 2016, S. 124–125.
- 47 Brentini 1994, S. 8–9.
- 48 StABS, ÖR-REG 4d 1-5-3-1.
- 49 Epstein-Mil 2017, S. 102–125; Sibold 2010; Wichers 2005; Erlanger 2005; Kury 1998.
- 50 Evangelisch-Reformierte Kirche Basel-Stadt 2011.
- 51 Gallusser 1981/83, S. 304–308.
- 52 Sibold 2010, S. 315 ff.
- 53 StABS, IGB-REGa Q 12, Einladungsschreiben vom 26. März 1959.
- 54 Hofmann 2013.
- 55 Moppert 1961, S. 147.
- 56 Ebd., S. 79.
- 57 StABS, PA 771, div. Berichte der Stadtmissionare und Stadtmissionarinnen.
- 58 Hauri 1959, S. 28.
- 59 Privatarchiv Marieregret Rüede: Bischof Franziskus von Streng, Schreibmaschinenmanuskript von Franz Blum zum Rücktritt des Bischofes 1967, zit. nach: Pfister 2014, S. 153.
- 60 Hofmann 2013, S. 67 ff.
- 61 Pfister 1997, S. 175.
- 62 Zum Zusammenhang mit den obligatorischen Steuern vgl. Pfister 2014, S. 235.
- 63 Hofmann 2013, S. 262.
- 64 Hoch 1995; Tschudi 1995.
- 65 Köller 2017, S. 115–149.
- 66 StABS, ÖR-REG 13a 8-6-2 (1).
- 67 Mattioli; Stirnimann 1992.
- 68 Metzger 2000.
- 69 Mäder 1931, S. 41–47.
- 70 Scheck 1985, S. 135–137.
- 71 Pfister 2014, S. 66.
- 72 Pfister 2014; Hofmann 2013, S. 164–165.
- 73 Ritzer 2007.
- 74 Pfendsack 1995.
- 75 Hofmann 2013, S. 63–65.
- 76 Schatz 1989.
- 77 Sack 1968, S. 3; StABS, ÖR-REG 4e 4-4-19.
- 78 «Synagogale, katholische und evangelische gottesdienstliche Musik», in: Basler Volksblatt, 15.02.1952.
- 79 Herrmann 1964.
- 80 Zum Religionsunterricht vgl. Burckhardt 1942, S. 366–368; Jenny; Zwicker 1991, S. 294–297; Felder 2019, S. 115–116.
- 81 StABS, Protokolle: Grosser Rat 61, 12.01.1933, S. 207.
- 82 Zum Schulgebet vgl. Burckhardt 1942, S. 369–370; Jenny; Zwicker 1991, S. 297–298; Felder 2019, S. 117–118.
- 83 Burckhardt 1942, S. 268–369; Jenny; Zwicker 1991, S. 291–294.
- 84 Geiger 1968, S. 26–27.
- 85 Ebd., S. 27; Simon 2022, S. 139 ff.; Tietz 2018.
- 86 Kreis 1986, S. 83.
- 87 Gessler 1963.
- 88 Felder 2019, S. 118.
- 89 StABS, ED-REG 1c 363-3-1 (1).
- 90 StABS, ED-REG 1c 363-5 (1).
- 91 StABS, ED-REG 1c 363-0 (2), Beschluss des Regierungsrates vom 6. September 1954.
- 92 Pfister 2014, S. 22 f.
- 93 Waeffler 1944.
- 94 Kleiber 1991.
- 95 Felder 2019, S. 114–115.
- 96 Erlanger 2005, S. 215–216.
- 97 Bloch-Roos 1902, S. 3.
- 98 Ebd., S. 19.
- 99 Zu den Bedenken vonseiten der Israelitischen Religionsgesellschaft vgl. Lang 1977.
- 100 StABS, STA DS BS 9 5623, Ratschlag betreffend die Erstellung einer neuen Abdankungshalle im Friedhof am Hörnli, 30.12.1959, S. 3–4.
- 101 Zum Zusammenhang von Totenkultur und Hygiene vgl. Hunger 1995, S. 203 ff.
- 102 Stojan/Buder 2007.
- 103 Strub, Edwin: Die Schmerzensmutter, in: NZ, 14.01.1937.
- 104 Jahresbericht der Evangelisch-Reformierten Kirche des Kantons Basel-Stadt 1936, Basel 1937, S. 35.
- 105 ay: Die II. Kleine Abdankungshalle auf dem Hörnli, in: BN, 05.10.1945.
- 106 Moppert, Oscar: Zum neuen Bild im Hörnligottesacker, in: BN, 05.10.1945.
- 107 StABS, SD REG 8a 1-7-1, Programm des staatlichen Kunstcredits für 1940, S. 1.
- 108 StABS, STA DS BS 9 5903, Ratschlag betreffend Aufstellung einer Freiplastik im Rasenparterre zwischen den Abdankungshallen im Friedhof am Hörnli, 27.09.1962.
- 109 Stojan; Buder 2007, S. 155.
- 110 Christ 2005, S. 100–105.
- 111 Eidgenössische Expertenkommission für Fragen der für Fragen der Hochschulförderung 1964, S. 185.
- 112 Heiniger 2003, S. 30–31; StABS, Handel und Gewerbe Y 15, div. Dokumente (inkl. Jahresberichte).
- 113 Vgl. exemplarisch zur weitgefächerten Beratung der Frauenorganisationen: Argast; Schultze 1997; StABS, PA 882b.

- 114 Zum 19. Jahrhundert vgl. Mesmer 1997.
- 115 Zur Akademischen Berufsberaterin vgl. Angehrn 2019, S. 115–192.
- 116 Raphael 1996.
- 117 «Professor Mangold gestorben», in: Basler Arbeiter-Zeitung, 27.03.1944.
- 118 «Vorwort», in: StatJB, 1921/1923, S. III.
- 119 Goepfert 1997; Argast; Schultze 1997, S. 52–54.
- 120 StABS, SD-REG 5a 0.21.0 (1) 1, Schreiben des Gesundheitsamts ans Sanitätsdepartement vom 22. Dezember 1955.
- 121 Ritter 2009; Wecker; Braunschweig; Imboden u. a. 2013.
- 122 StABS, ED-REG 1c 280-1, «Die Museen im Dienste des Volkes», Anonymer Leserbrief, in: NZ, 11.08.1945.
- 123 Müller 1996.
- 124 Ratschiller 2014.
- 125 StABS, Protokolle: Grosser Rat 51, 10.04.1913, S. 312.
- 126 Sarasin 1917.
- 127 Simon 2015; Cladders 2015, <https://www.mkb.ch/de/museum/forschung/publikationen/publikationen-im-pdf-format.html>, abgerufen am 01.02.2023.
- 128 Bozsa 2019, <https://www.mkb.ch/de/museum/forschung/publikationen/publikationen-im-pdf-format.html>, abgerufen am 01.02.2023; Museum der Kulturen 2015; Schär 2015.
- 129 Meier 1986.
- 130 Kreis 2017; Reifert 2022.
- 131 Meier 1986.
- 132 StABS, ED-REG 1c 280-1.
- 133 StABS, ED-REG 1c 280-1.
- 134 Guth-Dreyfus 1996; Brunschweiler Spoendlin 2003.
- 135 Simon 2009b.
- 136 Brunbauer-Ilić 2019.
- 137 Criblez; Magnin 2001; Stirnimann 2010, https://unigeschichte.unibas.ch/fileadmin/user_upload/pdf/Stirnimann_Stipendien.pdf, abgerufen am 30.11.2022; Kreis 1986.
- 138 Eidgenössische Expertenkommission für Fragen der Hochschulförderung 1964.
- 139 Moll; Sandtner; Saner 2002, S. 110–111.
- 140 Zur Universitätsgeschichte vgl. Simon 2022; Simon 2011, https://unigeschichte.unibas.ch/fileadmin/user_upload/pdf/Simon_Thesen.pdf, abgerufen am 30.11.2022; Universität Basel 2010, <https://unigeschichte.unibas.ch>, abgerufen am 30.11.2022; Historisches Seminar Basel 1991; Kreis 1986; Bonjour 1960.
- 141 Zwicker 1991.
- 142 Zur umstrittenen Einladung von Ost-Universitäten vgl. «Die Frage der Gästeliste», <https://unigeschichte.unibas.ch/die-universitaet-jubiliert/1960-500-jahre-ein-halbes-jahrtausend/jubilieren-im-kaltenkrieg/die-frage-der-gaesteliste-in-der-presse>, abgerufen am 30.11.2022.
- 143 Roth 1960, S. 16.
- 144 Simon 2011; Haller 2012; Bächli 2009.
- 145 Simon 2011; Simon 2009a; König 2016.
- 146 Kreis 2002.
- 147 StABS, ED-REG 1c 142-0 (1).
- 148 Kreis 1986, S. 208–210.
- 149 Ritter 2014.
- 150 Vgl. exemplarisch die Stelleninserate in diversen Tageszeitungen.
- 151 Borner; Riese 1991; Prognos 2001; Geiss 2015.
- 152 Hess; Latscha; Schneider 1966; Kreis 1986, S. 15–16.
- 153 Degen 1992.
- 154 Zum Folgenden vgl.: Barth 2007.
- 155 «Bibliotheken und Archive», in: StatJB, div. Jahrgänge.

